



251 Bericht von Jan Bietenbeck, Jan Marcus und Felix Weinhardt

Temporäre Erhebung allgemeiner Studiengebühren: Mehr Studierende schlossen ihr Studium ab, aber weniger schrieben sich neu ein

- Studie untersucht Auswirkungen allgemeiner Studiengebühren
- Weniger Studienberechtigte entschieden sich für ein Studium, bereits eingeschriebene Studierende schlossen es aber schneller und häufiger ab
- Nachgelagerte Studiengebühren könnten Kompromiss sein

260 Interview mit Felix Weinhardt



261 Bericht von Johannes Seebauer, Alexander S. Kritikos und Daniel Graeber

Warum vor allem weibliche Selbstständige Verliererinnen der Covid-19-Krise sind

- Selbstständige Frauen mussten deutlich öfter Einkommensverluste hinnehmen als selbstständige Männer
- Sie arbeiten häufiger in Branchen, die von der Pandemie und den Maßnahmen zu deren Eindämmung besonders betroffen sind
- Frauen erfahren auch vermehrt psychische Belastungen

272 Kommentar von Marcel Fratzscher

Für einen globalen, nicht einen nationalen Humanismus

Die Kreditsicherheit

Die Zahlungseinstellungen								
Monat	eröffnete Konkurse				eröffnete Vergleichsverfahren			
	gesamt		arbeits-täglich		gesamt		arbeits-täglich	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Januar	1106	1085	43	42	521	518	20	20
Februar	1103	1065	46	44	576	546	25	23
März	1142	1240	44	48	692	662	27	25
April	1006	972	42	41	703	655	29	27
Mai	1062	956	41	40	702	655	27	27
Juni	853	1034	36	40	647	647	27	25
Juli	977	.	36	.	685	.	25	.
August	810	.	31	.	591	.	23	.
September	759	.	29	.	508	.	20	.
Oktober	843	.	31	.	480	.	18	.
November	829	.	35	.	467	.	20	.
Dezember ...	850	.	34	.	477	.	19	.

© DIW Berlin 1931

Die Kreditsicherheit hat sich in den letzten Monaten nicht entscheidend verändert. Die Zunahme der Zahlungseinstellungen in den ersten Monaten des Jahres war saisonmäßig bedingt, ebenso die Abnahme im April und Mai. Im Juni haben die Zahlungseinstellungen wieder zugenommen. Diese Zunahme ist jedoch ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der Juni 26 Arbeitstage hatte, der Mai aber nur 24. Auf den Arbeitstag gerechnet ist die Zahl der eröffneten Konkurse im Juni unverändert geblieben (40 je Arbeitstag); die arbeitstägliche Zahl der Vergleichsverfahren ist von 27 im Mai auf 25 im Juni gesunken.

Sieht man von saisonmäßigen und zufälligen Veränderungen ab, so hat sich die Kreditsicherheit nicht verringert, freilich auch nicht gebessert. Dabei muß beachtet werden, daß die Rückwirkungen der im Juni eingetretenen Schwierigkeiten auf den Kreditmärkten noch nicht in den Zahlungseinstellungen zum Ausdruck kommen konnten.

Erst in einigen Wochen wird sich herausstellen, ob und inwieweit die hohen Geldsätze und ihre Folgen die Kreditsicherheit beeinflußt haben.

Aus dem Wochenbericht Nr. 15 vom 8. Juli 1931

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 14. April 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Hermann Buslei; Dr. Markus M. Grabka

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Hella Engerer;
Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Temporäre Erhebung allgemeiner Studiengebühren: Mehr Studierende schlossen ihr Studium ab, aber weniger schrieben sich neu ein

Von Jan Bietenbeck, Jan Marcus und Felix Weinhardt

- Studie untersucht auf Basis amtlicher Daten Auswirkungen von Studiengebühren auf bereits eingeschriebene Studierende und potenzielle StudienanfängerInnen
- Studiengebühren führten in Vergangenheit dazu, dass sich weniger Studienberechtigte für ein Studium entschieden
- Zum Zeitpunkt der Einführung von Studiengebühren bereits eingeschriebene Studierende schlossen ihr Studium jedoch schneller und häufiger ab
- Studiengebühren hatten also sowohl erwünschte als auch unerwünschte Folgen
- Kompromiss – da Universitäten unterfinanziert sind – könnten nachgelagerte Studiengebühren sein: Höhere Abschlussquoten ohne rückläufige Einschreibungen wären möglich

Allgemeine Studiengebühren hatten sowohl erwünschte als auch unerwünschte Konsequenzen – Nachgelagerte Gebühren könnten Kompromiss sein

Auswirkungen
allgemeiner Studiengebühren:



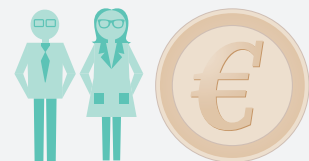
Mehr Studierende schlossen
ihr Studium innerhalb von sechs Jahren ab



Weniger Studienberechtigte
schrieben sich für ein Studium ein



Möglicher Kompromiss:
„nachgelagerte“ Studiengebühren



werden erst fällig, wenn man
schon berufstätig ist
und ein bestimmtes Einkommen hat

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2021

ZITAT

„Die Abschaffung der Studiengebühren ist eine Entscheidung, die vor dem Hintergrund der nicht gerade üppigen Finanzierung der Hochschulen in Deutschland vielleicht noch einmal zu überdenken ist. Wenn aber über Studiengebühren nachgedacht wird, ist es wichtig, dass dadurch keine zusätzlichen sozialen Ungleichheiten entstehen.“

— Felix Weinhardt, Studienautor —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Felix Weinhardt
www.diw.de/mediathek

Temporäre Erhebung allgemeiner Studiengebühren: Mehr Studierende schlossen ihr Studium ab, aber weniger schrieben sich neu ein

Von Jan Bietenbeck, Jan Marcus und Felix Weinhardt

ABSTRACT

Die Universitäten in Deutschland sind unterfinanziert. Ob die Studierenden jedoch selber zur Finanzierung ihrer Hochschulbildung beitragen sollen, ist nach wie vor stark umstritten. Dieser Bericht weist anhand amtlicher Daten zu allen Studierenden in Deutschland nach, dass die Einführung von Studiengebühren in Deutschland in den Jahren 2006 und 2007 sowohl erwünschte als auch unerwünschte Auswirkungen hatte. So schlossen Studierende, die zum Zeitpunkt der Einführung von Studiengebühren bereits eingeschriebenen waren, ihr Studium schneller und häufiger ab, als es ohne Studiengebühren der Fall gewesen wäre. Allerdings schrieben sich aufgrund der Studiengebühren weniger StudienanfängerInnen neu ein. Ein Kompromiss, um die Vorteile von Studiengebühren zu nutzen und gleichzeitig unerwünschte Nebenwirkungen zu vermeiden, könnten nachgelagerte Studiengebühren sein: Die Studierenden würden die Gebühren erst dann zahlen müssen, wenn sie nach dem Studium ein bestimmtes Einkommen erzielen. Dies könnte zu höheren Abschlussquoten führen, ohne die Einschreibungsquote zu verringern.

Deutschland hat im Jahr 2017 im OECD-Vergleich nur einen unterdurchschnittlichen Betrag für die öffentliche Finanzierung in der tertiären Bildung, also für Universitäten und Fachhochschulen, ausgegeben (Abbildung 1). In Deutschland wurden knapp 10 000 US-Dollar (etwa 8 200 Euro) pro Vollzeit-StudentIn investiert, knapp 1 000 US-Dollar weniger als im Durchschnitt der Europäischen Union. In der Spitzengruppe werden pro StudentIn zwei- bis dreimal so viele öffentliche Mittel aufgebracht, beispielsweise knapp 25 000 US-Dollar pro StudentIn in den USA. Diese Ungleichheiten werden verstärkt durch zusätzliche Unterschiede bei privaten Ausgaben für ein Studium. So werden in Deutschland 83 Prozent aller Kosten im tertiären Bereich aus öffentlichen Geldern finanziert (EU-Durchschnitt: 73 Prozent) – in den USA oder Großbritannien liegt dieser Wert bei 25 bis 35 Prozent. Die restliche, also private, Finanzierung erfolgt oftmals über hohe Studiengebühren. In England zahlen heimische Studierende beispielsweise zwischen rund 7 000 und 10 000 Euro jährlich. Studiengebühren gibt es für das Erststudium an öffentlichen Hochschulen in Deutschland zurzeit nicht.

Studiengebühren in Deutschland nur vorübergehend erhoben

Dies war jedoch nicht immer so. Auch in Deutschland hat es in der Vergangenheit Studiengebühren gegeben (Abbildung 2), jedoch in einem – im internationalen Vergleich – sehr viel geringerem Umfang. Zwischen Dezember 2005 und Oktober 2007 verabschiedeten sieben Bundesländer, in denen etwa die Hälfte der deutschen Universitäten angesiedelt sind, Gesetze zur Einführung allgemeiner Studiengebühren.¹ In den meisten Fällen wurden Gebühren in Höhe

¹ In allen Bundesländern wurden einige Gruppen von Studierenden von der Zahlung von Gebühren befreit, darunter Studierende mit Behinderungen und Studierende mit Kindern. Die in diesem Bericht dargestellten Effekte der Studiengebühren unterschätzen somit die tatsächlichen Auswirkungen der Studiengebühren (leicht), da in den Daten nicht unterschieden werden kann, wer tatsächlich Studiengebühren zahlen musste. Schließlich ist anzumerken, dass die Einführung allgemeiner Studiengebühren von der Einrichtung eines Studienkreditsystems begleitet wurde, das es den Studierenden ermöglichte, unter günstigen Bedingungen einen Kredit für die Höhe der gezahlten Studiengebühren aufzunehmen; vgl. Michael Bahrs und Thomas Siedler (2019): University tuition fees and high school students' educational intentions. *Fiscal Studies*, 40(2), 117–147

von 500 Euro pro Semester erhoben, die je nach Bundesland ab Sommersemester 2007 oder Wintersemester 2007/08 galten; StudienanfängerInnen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zahlten Gebühren bereits ab dem Wintersemester 2006/07.² Die Hochschulen waren verpflichtet, die Gebühren für die Verbesserung der Studienbedingungen auszugeben. Sie konnten sie in der Regel nicht für die Aufstockung von Forschungsbudgets oder die Einrichtung neuer Professuren verwenden. In der Praxis bedeutete dies, dass die meisten Hochschulen die Studienggebühren dazu nutzten, die technische Ausstattung der Unterrichtsräume aufzurüsten, neue Bücher für die Universitätsbibliotheken zu kaufen und deren Öffnungszeiten zu verlängern sowie zusätzliche Tutorien und Lehrveranstaltungen anzubieten.

Zuvor gab es in mehreren Bundesländern nur sogenannte Langzeitstudienggebühren für Studierende, die die Regelstudienzeit deutlich überschritten. Bis 2005 waren allgemeine Studienggebühren an öffentlichen Hochschulen in Deutschland durch das Hochschulrahmengesetz verboten. Dieses Bundesgesetz wurde Anfang der 2000er Jahre von einigen Landesregierungen angefochten und schließlich 2005 vom Bundesverfassungsgericht mit der Begründung gekippt, dass es das Recht der Länder verletze, die Bildungspolitik selbst zu gestalten.

Nach studentischen und politischen Protesten wurden die Gebühren inzwischen in allen Bundesländern wieder abgeschafft,³ zuerst in Hessen (zum Oktober 2008) und zuletzt in Niedersachsen (zum Oktober 2014).⁴ Die Abschaffung der Studienggebühren erfolgte ohne ausreichende empirische Evidenz über deren tatsächliche Auswirkungen.

Studienggebühren wirken sich auf angehende und eingeschriebene Studierende unterschiedlich aus

BefürworterInnen der Abschaffung von Studienggebühren befürchten, dass AbiturientInnen mit geringem finanziellem Rückhalt vom Studieren abgehalten werden könnten und sich somit Ungleichheiten verstärken. Studien, die sich mit den Auswirkungen der in Deutschland ab 2006 eingeführten Studienggebühren auf angehende Studierende beschäftigen, kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen: Während einige Studien⁵ zeigen, dass die Studienggebühren in Deutschland dazu führten, dass sich weniger SchulabgängerInnen für

(online verfügbar, abgerufen am 31. März 2021. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

² Einige Hochschulen haben in den ersten Semestern etwas niedrigere Gebühren verlangt, siehe Malte Hübner (2012): Do tuition fees affect enrollment behavior? Evidence from a 'natural experiment' in Germany. *Economics of Education Review*, 31(6), 949–960 (online verfügbar).

³ Weiterführende Informationen zu Studienggebühren in Deutschland finden sich in Kerstin Bruckmeier, Georg-Benedikt Fischer und Berthold U. Wigger (2015): Studienggebühren in Deutschland: Lehren aus einem gescheiterten Experiment. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 16(3), 289–301 (online verfügbar).

⁴ Unabhängig von Studienggebühren müssen alle Studierenden einen Semesterbeitrag zahlen, der direkt von der Universität erhoben wird und Mitte der 2000er Jahre im Durchschnitt 145 Euro pro Semester betrug; siehe dazu Kerstin Bruckmeier, Georg-Benedikt Fischer und Berthold U. Wigger (2013): The willingness to pay for higher education: Does the type of fee matter? *Applied Economics Letters*, 20(13), 1279–1282.

⁵ Siehe Bahrs und Siedler (2019), a. a. O., 117–147; Hübner (2012), a. a. O.

Abbildung 1

Öffentliche Ausgaben für tertiäre Bildung im Jahr 2017 In US-Dollar pro StudentIn



Anmerkung: In US-Dollar und Kaufkraftparität-Äquivalenten, Ausgaben in „Core Services“, ausgenommen Forschung und Entwicklung (FuE). Vgl. (OECD): Bildung auf einen Blick 2020, Tabelle C1.2 (online verfügbar). Sollten auch Ausgaben aus dem FuE-Bereich in die Lehre für das Erststudium fließen, wäre das Ranking verändert. Bei vollem Einbezug von FuE liegen die Ausgaben pro StudentIn in Deutschland über dem OECD-Durchschnitt, jedoch immer noch weit unterhalb der Spitzengruppe.

Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2021

Die öffentlichen Ausgaben für tertiäre Bildung sind in Deutschland unterdurchschnittlich.

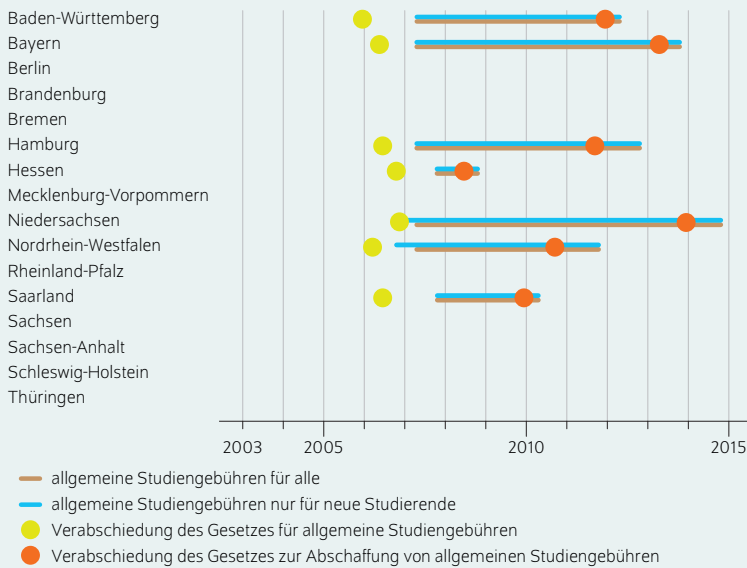
ein Studium entschieden, kommen andere Studien⁶ zu dem Schluss, dass Studienggebühren nicht mit einem Rückgang der Studienanfängerzahlen einhergehen.

Im Unterschied zu diesen früheren Studien kann in dieser Studie erstmals in diesem Kontext auf die Individualdaten der

⁶ Siehe Kerstin Bruckmeier und Berthold U. Wigger (2014): The effects of tuition fees on transition from high school to university in Germany. *Economics of Education Review*, 41, 14–23; Marcel Helbig, Tina Baier und Anna Kroth (2012): Die Auswirkung von Studienggebühren auf die Studienneigung in Deutschland: Evidenz aus einem natürlichen Experiment auf Basis der HIS-Studienberechtigtenbefragung. *Zeitschrift für Soziologie*, 41(3), 227–246.

Abbildung 2

Studienggebühren in Deutschland



Allgemeine Studiengebühren wurden mittlerweile in allen Bundesländern wieder abgeschafft.

amtlichen Studenten- und Prüfungsstatistik zurückgegriffen werden, die Informationen über alle Studierenden und alle Abschlussprüfungen in Deutschland enthalten (Kasten). Außerdem werden in der nun vorgelegten Studie⁷ erstmals Auswirkungen auf zum Zeitpunkt der Einführung von Studiengebühren bereits eingeschriebene Studierende untersucht. Da die Studiengebühren nicht nur für angehende Studierende, sondern auch für bereits eingeschriebene Studierende galten, gibt diese Analyse ein umfassenderes Bild über die Auswirkungen von Studiengebühren.

Auch international gibt es kaum Evidenz zur Wirkung von Studiengebühren auf bereits eingeschriebene Studierende,⁸ da diesen bei Veränderungen von Studiengebühren oft ein „Bestandsschutz“ gewährt wird und sie daher nicht betroffen sind. Dieser Bericht untersucht die Auswirkungen von Studiengebühren sowohl für potenzielle StudienanfängerInnen als auch für Studierende, die ihr Studium bereits begonnen, jedoch noch nicht beendet haben. Der Fokus liegt bei der ersten Gruppe auf der Einschreibung in ein Studium und bei der zweiten Gruppe auf einem erfolgreichen Studienabschluss. Untersucht werden die Auswirkungen für Studierende an Universitäten (nicht Fachhochschulen).

⁷ Dieser Bericht beruht auf Jan Bietenbeck, Jan Marcus und Felix Weinhardt (2020): Tuition fees and educational attainment. DIW Discussion Paper Nr. 1900 (online verfügbar). Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat das Projekt gefördert (Projektnummer 422637099).

⁸ Ausnahmen sind einige wenige Studien, die einzelne Universitäten betrachten, zum Beispiel Pietro Garibaldi et al. (2012): College Cost and Time to Complete a Degree: Evidence from Tuition Discontinuities. *Review of Economics and Statistics* 94, 699–711; Hans Fricke (2018): Tuition fees, student finances, and student achievement: evidence from a differential raise in fees. *Journal of Human Capital*, 12(3), 504–541.

Kasten

Daten und Methodik

Datensätze

Die vorliegende Studie nutzt die amtlichen Individualdaten der Studenten- und der Prüfungsstatistik.¹ Der Vorteil beider Datensätze liegt darin, dass es sich nicht um Stichproben, sondern um Vollerhebungen handelt und die Fallzahlen entsprechend groß sind. Die Studentenstatistik erfasst alle Studierenden, die in einem bestimmten Jahr an Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland eingeschrieben sind. Die Statistik bezieht ihre Daten aus den Verwaltungsunterlagen dieser Institutionen und enthält Informationen zur Hochschuleinschreibung und zu ausgewählten demografischen Merkmalen der Studierenden, jedoch nicht zu sozioökonomischen Merkmalen. Die Prüfungsstatistik umfasst alle Studierenden, die in einem bestimmten Jahr eine Abschlussprüfung an einer Hochschule in Deutschland abgelegt haben. Die Prüfungsstatistik enthält ähnliche Informationen wie die Studentenstatistik und gibt zusätzlich Auskunft über die erreichte Abschlussnote. Als weiterer Datensatz werden Informationen über die Anzahl der Personen (pro Bundesland und Jahr) genutzt, die die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) erworben haben.²

Abhängige Variablen

Bei den potenziellen StudienanfängerInnen ist die Studienquote die interessierende abhängige Variable (Zielvariable), also der Anteil aller Personen, die das Abitur in einem Bundesland erworben und im selben oder im folgenden Jahr ein Studium an einer Universität aufgenommen haben.³

Bei den bereits immatrikulierten Studierenden bildet die Abschlussquote die Zielvariable. Zwar können aufgrund von Datenschutzbestimmungen die Informationen zu Studierenden aus der Prüfungs- und der Studentenstatistik nicht miteinander verknüpft werden, sodass für eine einzelne StudentIn nicht beobachtet werden kann, ob sie einen Abschluss erlangt. Allerdings können Abschlussquoten für jede (Start-)

¹ Vgl. FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Studenten (1995–2014), DOI: 10.21242/21311.1996.12.00.1.1.0 bis 10.21242/21311.2015.12.00.1.1.0; FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Prüfungen (1995–2014), DOI: 10.21242/21321.1996.12.00.1.1.0 bis 10.21242/21321.2015.12.00.1.1.0.

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 1, Allgemeinbildende Schulen.

³ Es wird nicht danach unterschieden, in welchem Bundesland ein Studium aufgenommen wird. Personen, die den Studiengebühren ausweichen und in einem anderen Bundesland studieren, werden somit genauso gezählt wie Personen, die ein Studium in dem Bundesland aufnehmen, in dem sie auch ihr Abitur erworben haben. Verschiedene Studien haben die Auswirkungen der Studiengebühren auf die regionale Mobilität genauer untersucht; vgl. Nadja Dwenger, Johanna Storck und Katharina Wrohlich (2009): Studiengebühren erhöhen die Mobilität von Studienbewerbern kaum. DIW Wochenbericht Nr. 43, 744–747 (online verfügbar); Nadja Dwenger, Johanna Storck und Katharina Wrohlich (2012): Do tuition fees affect the mobility of university applicants? Evidence from a natural experiment. *Economics of Education Review*, 31(1), 155–167 (online verfügbar); Björn Alecke und Timo Mitze (2012): Studiengebühren und das Wanderungsverhalten von Studienanfängern: Eine ökonomische Wirkungsanalyse. *Perspektiven Der Wirtschaftspolitik*, 13(4), 357–386; Timo Mitze, Claudia Burgard und Björn Alecke (2015): The tuition fee "shock": Analysing the response of first-year students to a spatially discontinuous policy change in Germany. *Papers in Regional Science*, 94(2), 385–419 (online verfügbar).

Hochschule und jede Studienanfängerkohorte berechnet werden, da Informationen zu Hochschule und Jahr der Erstimmatrikulation in beiden Registern verfügbar sind. Somit liegen für jede Studienanfängerkohorte an jeder Hochschule Informationen zur Anzahl der ursprünglich eingeschriebenen Studierenden vor sowie dazu, wie viele von ihnen in jedem Folgejahr ihren Abschluss gemacht haben. Die Hauptanalyse untersucht den Anteil derjenigen Studierenden, die ihr Studium innerhalb von sechs Jahren nach der Ersteinschreibung erfolgreich abgeschlossen haben (unabhängig davon, an welcher Universität und in welchem Bundesland). Der Fokus auf die Sechsjahresfrist resultiert zum einen daraus, dass die meisten Studierenden im Untersuchungszeitraum länger studieren als die vorgeschriebene vier -oder fünfjährige Regelstudienzeit. Zum anderen verlangten die meisten Universitäten von Studierenden, die über das sechste Jahr hinaus immatrikuliert waren, Langzeitstudiengebühren von etwa 500 Euro pro Semester. Für diese Studierenden änderte sich also wenig durch die im Jahr 2007 eingeführten allgemeinen Studiengebühren.

Stichprobe

Als potenzielle StudienanfängerInnen gelten nur Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Dabei werden Personen nicht berücksichtigt, die ihr Abitur in Hessen gemacht haben, da hier Studiengebühren nur für ein Jahr galten und somit Effekte der Einführung und Abschaffung kaum voneinander zu unterscheiden sind. Die Stichprobe der potenziellen StudienanfängerInnen umfasst über 2,6 Millionen Personen, die im Zeitraum von 2001 bis 2010 ihr Abitur gemacht haben. Das Jahr 2010 bildet den Endpunkt des Untersuchungszeitraums, da im Folgejahr mehrere größere Bundesländer die Abschaffung der Studiengebühren beschlossen haben.

Bei der Untersuchung der bereits eingeschriebenen Studierenden werden nur diejenigen betrachtet, die sich zwischen 1995 und 2004 (also vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Studiengebühren im Jahr 2005) erstmals im Wintersemester an einer staatlichen Universität⁴ in Deutschland (außer Hessen) eingeschrieben und zuvor ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Personen in Bachelorstudiengängen werden nicht berücksichtigt.⁵ Es werden Informationen der Studenten- und der Prüfungsstatistik im Zeitraum von 1995, dem ersten verfügbaren Jahr der Register, bis 2010 verwendet. Für etwa 15 Prozent der Einträge in der Prüfungsstatistik liegt weder das Jahr noch die Hochschule der Ersteinschreibung vor. Da diese Fälle mit fehlenden Informationen ungleichmäßig über die Universitäten und Jahre verteilt sind, werden in der Untersuchung der bereits eingeschriebenen Studierenden nur Universitäten betrachtet, in denen es im Untersuchungszeitraum kaum Fälle mit fehlenden Informationen gibt. Die Ergebnisse sind jedoch sehr ähnlich, wenn weitere Universitäten einbezogen werden und

das Jahr und die Universität der Ersteinschreibung anhand der Universität, an der der Studienabschluss erlangt wurde, und der Anzahl der Hochschulse semester geschätzt werden.⁶ Die Stichprobe bei den bereits eingeschriebenen Studierenden umfasst 731352 Studierende an 39 Universitäten in neun Bundesländern.

Methode

Die empirischen Untersuchungen beruhen auf einem Differenz-von-Differenzen-Ansatz. Bei diesem Ansatz wird zunächst verglichen, wie sich die Zielvariable in einem Bundesland vor und nach der Einführung von Studiengebühren unterscheidet (erste Differenz). Dieser Unterschied wird dann mit der Veränderung der Zielvariablen im selben Zeitraum in den Bundesländern verglichen, die keine Studiengebühren eingeführt haben. Durch diese zweite Differenzbildung können allgemeine Veränderungen über die Zeit berücksichtigt werden, etwa die Abschaffung der Wehrpflicht oder allgemeine Effekte der Umstellung auf das Bachelor-Master-System. Der Differenz-von-Differenzen-Ansatz wird in einem multivariaten Regressionsverfahren umgesetzt, das allgemeine Unterschiede zwischen den Universitäten beziehungsweise Bundesländern (über Indikatorvariablen für jede Universität beziehungsweise jedes Bundesland) und allgemeine Veränderungen über die Zeit (über Indikatorvariablen für jede Kohorte) herausrechnet. Der Differenz-von-Differenzen-Ansatz beruht auf der Annahme, dass sich – wenn die Studiengebühren nicht eingeführt worden wären – die Zielvariablen in den Bundesländern mit Studiengebühren genauso über die Zeit verändert hätten wie in jenen Bundesländern, die keine Studiengebühren eingeführt haben. Diese Annahme ist plausibler, wenn sich die Zielvariablen in den beiden Gruppen vor der Einführung der Studiengebühren gleich entwickeln, wie in den Abbildungen 3 und 5 dieses Berichts gezeigt wird.⁷ Die Berechnung der Standardfehler berücksichtigt eine Clusterstruktur des Fehlerterms auf Ebene der Universitäten beziehungsweise Bundesländer.

⁴ Fachhochschulen werden hier nicht betrachtet, da es im Untersuchungszeitraum zu zahlreichen Neugründungen, Aufteilungen, Schließungen und Zusammenlegungen von Fachhochschulen kam. Ebenso werden theologische und künstlerische Hochschulen nicht untersucht.

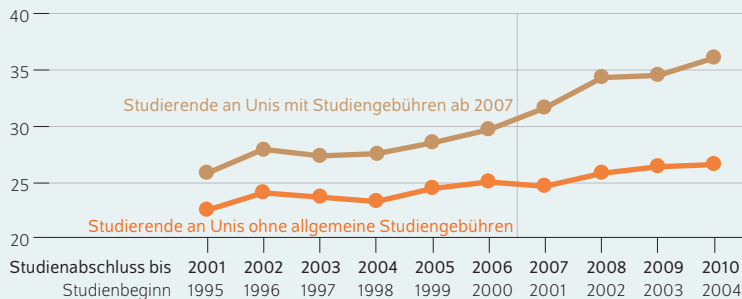
⁵ Der Anteil der Bachelorstudierenden ist unter den Studierenden, die sich zwischen 1995 und 2004 erstmals eingeschrieben haben, mit etwa 3,5 Prozent noch niedrig. Die Ergebnisse verändern sich indes nicht wesentlich, wenn auch die Bachelorstudierenden berücksichtigt werden.

⁶ Für weitere Informationen dazu, siehe Anhang B in Bietenbeck et al. 2020, a. a. O.

⁷ Für weitere Robustheitsprüfungen (unter anderem auch Berücksichtigung anderer Reformen, wie die G8-Schulreform) sowie weiterführende Informationen zu Daten und Methodik, vgl. Bietenbeck et al. 2020, a. a. O.

Abbildung 3

Studienabschlüsse innerhalb von sechs Jahren In Prozent



Anmerkung: Die vertikale Linie markiert den Zeitpunkt der Einführung von Studiengebühren.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistik der Studenten sowie Statistik der Prüfungen).

© DIW Berlin 2021

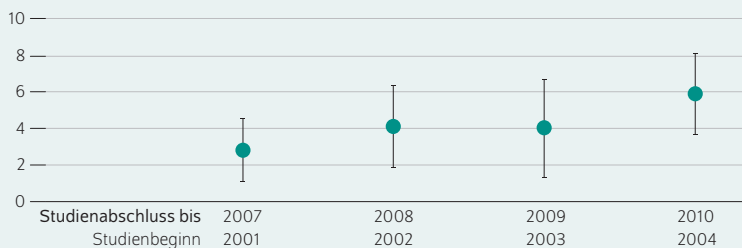
Die Abschlussquote hat sich an gebührenpflichtigen Unis mit Einführung der Studiengebühren 2007 deutlich erhöht.

vorwiegend für Diplom-, Master- und Staatsexamens-Programme eingeschrieben; der Umstieg auf das Bachelor-Master-System erfolgte zum Großteil erst für spätere Kohorten von StudienanfängerInnen. Es zeigt sich für die Studienanfängerkohorten im Zeitraum 1995 bis 2000, dass sich die Abschlussquoten vor der Einführung von Studiengebühren an später gebührenpflichtigen und später immer noch gebührenfreien Universitäten parallel entwickelten (Abbildung 3). So haben von den Studierenden, die sich im Jahr 1996 an einer Universität eingeschrieben haben, in der später keine allgemeinen Studiengebühren erhoben wurden, gut 24 Prozent einen Studienabschluss innerhalb von sechs Jahren nach der Einschreibung (also bis einschließlich 2002) erworben.⁹ In der Gruppe der Universitäten, die später Gebühren verlangte, lag dieser Anteil um knapp vier Prozentpunkte höher. Dies ist auf unterschiedliche Studienangebote zurückzuführen, nicht jedoch auf die Studiengebühren, die erst deutlich später erhoben wurden. Der Unterschied von etwa vier Prozentpunkten bleibt im Zeitverlauf bis zur Einführung von Studiengebühren in etwa gleich.

Dies ändert sich aber deutlich mit der Einführung von Gebühren: Bereits im Jahr 2007, als Studierende der Startkohorte 2001 nur für das letzte Studienjahr Gebühren zahlen mussten, zeigt sich ein Anstieg der Abschlüsse an Universitäten, die Studiengebühren erhoben. Dieser Trend verstärkt sich bei den folgenden Kohorten, sodass bei den Startkohorten 2003 und 2004 der Anteil der Studierenden, die ihr Studium innerhalb von sechs Jahren abschlossen, an Universitäten mit Studiengebühren um etwa zehn Prozentpunkte höher war als an Universitäten ohne Studiengebühren. Diese Studienkohorten hatten ihre Studien- sowie Universitätswahl zu einem Zeitpunkt getroffen, zu dem die spätere Einführung von Gebühren an ihren Universitäten noch nicht absehbar war.

Abbildung 4

Effekt der Studiengebühren auf Studienabschlüsse innerhalb von sechs Jahren In Prozentpunkten



Anmerkungen: Die vertikalen Linien ober- und unterhalb der Punkte stellen ein 95-Prozent-Konfidenzintervall dar. Dieses sagt aus, dass in 95 Prozent der Fälle der genaue Wert in diesem Intervall liegt. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

Lesebeispiel: In der Studienanfängerkohorte 2001 ist der Anteil der StudentInnen, die ihren Abschluss innerhalb der ersten sechs Jahre gemacht haben, aufgrund der Studiengebühren um 2,8 Prozentpunkte gestiegen.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistik der Studenten sowie Statistik der Prüfungen).

© DIW Berlin 2021

Je länger die Studierenden Gebühren zahlen mussten, desto häufiger schlossen sie ihr Studium innerhalb von sechs Jahren ab.

Wegen Studiengebühren: Mehr Studierende machen ihren Abschluss innerhalb von sechs Jahren

Im Folgenden wird der Anteil der Studierenden, die innerhalb von sechs Jahren das Studium erfolgreich abschließen, verglichen: und zwar zwischen Universitäten, die ab dem Jahr 2007 Studiengebühren für bereits eingeschriebene Studierende erhoben haben, und Universitäten, an denen weiterhin keine allgemeinen Studiengebühren gezahlt werden mussten. Die hier betrachteten Studierenden haben sich

Diese deskriptiven Befunde bestätigen sich auch in multivariaten Regressionen im Rahmen eines Differenz-von-Differenzen-Ansatzes (Kasten). In der Studienanfängerkohorte 2001 lag der Anteil derer, die ihren Abschluss innerhalb der ersten sechs Jahre, also bis einschließlich 2007, gemacht haben, aufgrund der Studiengebühren um 2,8 Prozentpunkte höher (Abbildung 4). Diese Kohorte musste höchstens in ihrem letzten Studienjahr Gebühren zahlen. In der folgenden Kohorte (StudienanfängerInnen 2002) ist der Anteil derjenigen, die ihr Studium innerhalb von sechs Jahren abgeschlossen haben, um mehr als vier Prozentpunkte gestiegen. Diese Kohorte musste bis zu vier Semester (also maximal 2000 Euro) Studiengebühren zahlen. Die Effekte für die nächsten beiden Kohorten, die bis zu 3000 beziehungsweise 4000 Euro Studiengebühren finanzieren mussten, sind ähnlich groß. Wenn man berücksichtigt, dass nur knapp 28 Prozent der untersuchten Studierenden in den vorliegenden Daten ihr Studium innerhalb von sechs

⁹ Ein Teil der verbleibenden 76 Prozent schließt das Studium erst nach mehr als sechs Jahren ab, ein anderer Teil schließt nie ein Studium ab. Nach zehn Jahren haben in der verwendeten Stichprobe knapp 60 Prozent der Studierenden ein Studium abgeschlossen (zu einer möglichen leichten Unterschätzung der Abschlussquoten siehe den Kasten in diesem Bericht).

Jahren abgeschlossen haben, zeigt sich, dass die Größe der Effekte relevant ist.¹⁰ Studiengebühren haben somit dazu geführt, dass Studierende, die bereits eingeschrieben waren (und ihre Studienentscheidungen somit nicht in Hinblick auf zukünftige Studiengebühren getroffen haben), ihr Studium mit einer höheren Wahrscheinlichkeit innerhalb von sechs Jahren erfolgreich abgeschlossen haben.

Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass sich Studierende aufgrund der Gebühren mehr als sonst beeilen. In einer umfangreichen Analyse der zugrundeliegenden Daten zeigt sich jedoch, dass diese positiven Effekte nicht dadurch erklärbar sind, dass Studierende nun in sechs statt sieben oder acht Jahren fertig wurden.¹¹ Selbst zehn Jahre später gab es noch signifikant mehr Abschlüsse in der Gruppe der GebührenzahlerInnen. Dies bedeutet, dass Studiengebühren die Studierenden nicht nur zu einem schnelleren Abschluss veranlasst haben, sondern dass insgesamt mehr Studierende der jeweiligen Startkohorte ihr Studium erfolgreich abschließen konnten: Durch die Gebühren wurden Studierende innerhalb von sechs Jahren fertig, die sonst nie einen Abschluss gemacht hätten. Zudem hat sich die Qualität der Studienabschlüsse, gemessen an der Abschlussnote, durch die Einführung der Studiengebühren nicht verschlechtert.¹²

Diese positiven Effekte mögen überraschen, aber weitergehende Analysen¹³ zeigen, dass Studierende, die Gebühren zahlen müssen, mehr Zeit für das Studium verwendeten. Verschlechterungen der Noten, Universitäts- oder Fachwechsel lassen sich für die Gruppe der bereits vor Gebühreneinführung eingeschriebenen Studierenden nicht beobachten. Auch gibt es keine Evidenz, dass die beobachteten Effekte darauf zurückzuführen sind, dass sich die Studienqualität möglicherweise aufgrund der Studiengebühren verbessert hat: Die zusätzlichen finanziellen Ressourcen durch die Studiengebühren waren nicht auf bestimmte Gruppen von Studierenden ausgerichtet, sondern zielten auf die Verbesserung der allgemeinen Studienbedingungen ab. Wenn die verbesserte Studienqualität der Grund für den Anstieg der Abschlussquoten ist, wäre zu erwarten gewesen, dass sich die Maßnahmen auf alle Studierendenkohorten auswirken. Weitergehende empirische Analysen¹⁴ zeigen jedoch, dass es keine Effekte für Studierende im siebten, achten oder neunten Studienjahr gab, also für Studierende, die schon vorher Langzeitgebühren zahlen mussten. Zudem braucht die Einstellung von TutorInnen und die Anschaffung von Geräten und Büchern Zeit, und die meisten Universitäten erhielten

¹⁰ Von den hier untersuchten 730 000 Studierenden haben etwa zwei Prozent ihr Studium im vierten Jahr abgeschlossen, neun Prozent im fünften, 17 Prozent im sechsten, 15 Prozent im siebten Jahr, acht Prozent im achten Jahr, fünf Prozent im neunten und vier Prozent im zehnten Jahr. Nach zehn Jahren haben also knapp 60 Prozent der Studierenden ein Studium abgeschlossen. Da für etwa zehn Prozent der Abschlussprüfungen keine Informationen zum Jahr der Ersteinschreibungen vorliegen (siehe dazu auch den Kasten in diesem Bericht), unterschätzen die hier genannten Abschlussquoten die tatsächlichen Abschlussquoten leicht (um knapp zehn Prozent; also statt einem Anteil von knapp 28 Prozent wäre es ein Anteil von gut 30 Prozent).

¹¹ vgl. Bietenbeck et al. (2020), a. a. O.

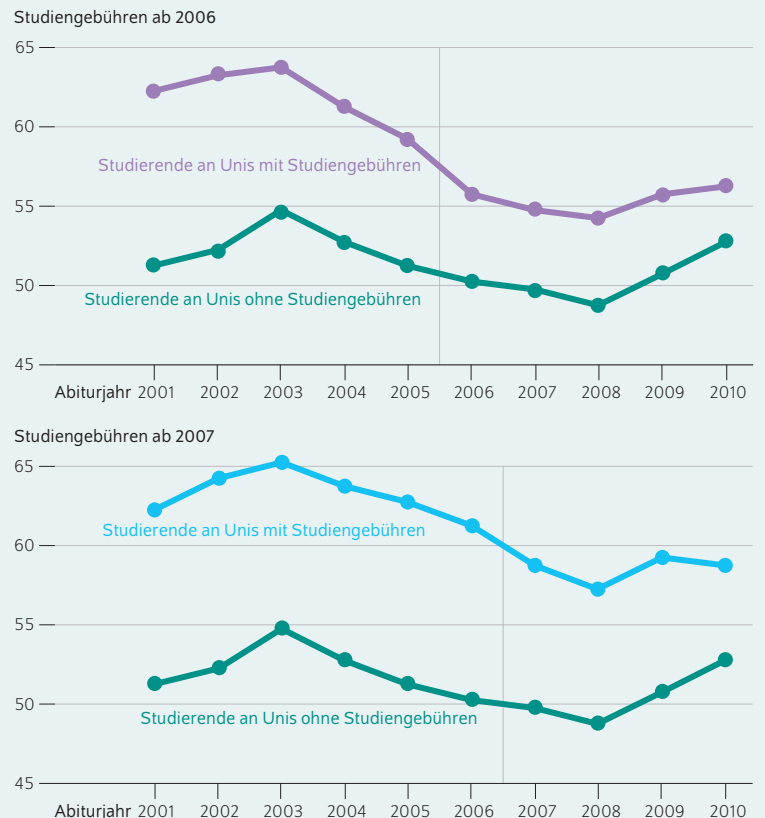
¹² vgl. Bietenbeck et al. (2020), a. a. O., 20.

¹³ vgl. Bietenbeck et al. (2020), a. a. O.

¹⁴ Vgl. Bietenbeck et al. (2020), a. a. O., 18ff., Kapitel 4.5.

Abbildung 5

Studienanfängerquoten in Deutschland In Prozent der Studienberechtigten



Anmerkungen: Die dargestellte Studienanfängerquote gibt den Anteil der AbiturientInnen an, die im Jahr des Abiturs oder im Folgejahr ein Studium an einer Universität aufgenommen haben. Die vertikale Linie markiert den Zeitpunkt der Einführung von Studiengebühren.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistik der Studenten sowie Statistik der Prüfungen).

© DIW Berlin 2021

Die Studienanfängerquoten sind durch die Einführung von Studiengebühren gesunken.

die ersten Zahlungen für Studiengebühren erst Mitte oder Ende 2007. Somit könnten zusätzliche Ressourcen die Studierenden, die ihren Abschluss im Jahr 2007 oder früher gemacht haben, höchstens ein paar Monate lang beeinflusst haben – doch auch in dieser Gruppe schlossen mehr Studierende ihr Studium innerhalb von sechs Jahren ab. Somit lassen sich die positiven Effekte am besten durch individuelle Anreize erklären. Eine mögliche Erklärung der positiven Effekte ist, dass „kostenlos“ ein spezieller Preis ist¹⁵, der beispielsweise das Gefühl vermitteln könnte, ein Studium sei nicht so entscheidend. Wer selbst explizit private Mittel zusteuern muss, ist quasi „mit Haut und Haaren“ dabei. Ein Studium war natürlich bereits ohne Studiengebühren nicht kostenlos, jedoch könnten die privaten Studiengebühren einige Studierende bewogen haben, ihr Studium mit

¹⁵ Vgl. Kristina Shampanier, Nina Mazar und Dan Ariely (2007): Zero as a Special Price: The True Value of Free Products. *Marketing Science* 26, 742–757.

höherem Nachdruck zu verfolgen. Dies deckt sich auch mit dem Befund, dass zahlende Studierende mehr Zeit auf ihr Studium verwendet haben.

Zukünftige Studierende: Studiengebühren schrecken ab

Positive Effekte von Studiengebühren auf bereits eingeschriebene Studierende spielten in der Debatte nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen lag der Fokus auf den Auswirkungen auf potenzielle StudienanfängerInnen. Im Folgenden werden daher diese Auswirkungen anhand eines Differenz-von-Differenzen-Ansatzes untersucht. Dazu wird zunächst der Anteil der Studienberechtigten, die im Jahr des Abiturs oder im Folgejahr ein Studium aufgenommen haben, dargestellt – und zwar separat für drei Gruppen von Bundesländern: Länder, die nie Studiengebühren eingeführt haben; Länder, die seit 2006 Studiengebühren von StudienanfängerInnen verlangten (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen), sowie Länder, die ab 2007 Studiengebühren von StudienanfängerInnen erhoben.

Im Vergleich zu den Ländern ohne Studiengebühren zeigt sich für beide Ländergruppen mit Gebühren ein Rückgang der Studienanfängerquote durch die Einführung von Studiengebühren (Abbildung 5). Dieser Rückgang kann nicht durch eine Ausweichreaktion erklärt werden, also dadurch, dass StudienanfängerInnen in ein anderes Bundesland wechselten, um Gebühren zu vermeiden. Es wurden alle Studienberechtigten eines Bundeslands unabhängig davon betrachtet, in welchem Land sie sich eingeschrieben hatten. Anhand von multivariaten Regressionen im Rahmen des Differenz-von-Differenzen-Ansatzes lässt sich dieser Effekt quantifizieren: Während im Untersuchungszeitraum im Mittel knapp 57 Prozent der AbiturientInnen ein Studium an einer Universität im Jahr des Abiturs oder im Folgejahr aufnahmen, sank dieser Anteil durch die Einführung von Studiengebühren um 3,9 Prozentpunkte.¹⁶ Die Größenordnung dieses Effekts entspricht in etwa den Ergebnissen internationaler Studien.¹⁷

Fazit: Effekte von Studiengebühren sind vielfältig, müssen mehr erfolgreichen Abschlüssen jedoch nicht entgegenstehen

Seit dem Jahr 2000 haben international zahlreiche Länder Studiengebühren eingeführt oder erhöht, etwa England und die USA. Andere Länder haben Studiengebühren (wieder) abgeschafft, darunter Irland und Deutschland. Die skandinavischen Länder haben hingegen durchgängig auf Studiengebühren verzichtet.

Vor diesem Hintergrund zeigt die vorliegende Studie anhand der temporären Einführung von Studiengebühren in Deutschland, dass diese unterschiedliche Auswirkungen hatten. Auf der einen Seite ist als positiver Effekt zu verzeichnen, dass eingeschriebene Studierende zielstrebig studierten und ihr Studium häufiger erfolgreich abschlossen. Auf der anderen Seite haben selbst die im internationalen Vergleich moderaten Gebühren auch hierzulande Studienberechtigte abgeschreckt, überhaupt ein Studium aufzunehmen. Bei den temporär erhobenen Studiengebühren haben sich diese beiden Effekte ungefähr die Waage gehalten, so dass sie sich nicht wesentlich auf die Anzahl der Abschlüsse auswirkten.

Allerdings wurden Verteilungsfragen in dieser Studie nicht betrachtet, da in den verwendeten Daten keine Informationen zum sozioökonomischen Hintergrund des Elternhauses enthalten sind. Möglicherweise werden durch Studiengebühren insbesondere SchulabsolventInnen von einem Studium abgeschreckt, deren Eltern ein geringeres Einkommen oder einen niedrigeren Bildungsabschluss haben. Es ist letztlich auch eine politische Entscheidung, ob die tertiäre Bildung an Universitäten weiterhin überwiegend staatlich finanziert werden soll, wenn demgegenüber mittlere Abschlüsse wie Ausbildungsberufe häufig privat und/oder von Unternehmen finanziert werden.

Die Bedeutung der finanziellen und personellen Ausstattung der Hochschulen hat sich in der Corona-Krise noch einmal gezeigt: Mit teilweise veralteter Software und Informations- und Kommunikationstechnik sowie vielen Studierenden pro ProfessorIn lässt sich die Qualität der Lehre an einigen Universitäten nur schwer sicherstellen. Wenn die deutschen Universitäten nicht weiterhin im internationalen Vergleich unterfinanziert bleiben und staatliche Zuschüsse nicht massiv erhöht werden sollen, sollte die Möglichkeit (moderater) privater Gebühren wieder in Betracht gezogen werden.

Eine mögliche Lösung können nachgelagerte, einkommensabhängige Studiengebühren sein, bei denen die Studierenden die Gebühren erst nach dem Studium zahlen, sobald sie ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielen.¹⁸ Da sich die Studierenden dann – wenn auch später – weiterhin finanziell beteiligen müssten, blieben die Anreize für ein zügiges Studium erhalten. Damit diese positiven Effekte von Studiengebühren überwiegen, ist es jedoch notwendig sicherzustellen, dass potenziell Studierende ohne finanziellen Rückhalt (zum Beispiel durch die Eltern) nicht durch Studiengebühren – selbst wenn sie diese erst später und bei einem Mindesteinkommen zurückzahlen müssen – abgeschreckt werden. In einer für die deutsche Wohnbevölkerung repräsentativen Umfrage sprechen sich 65 Prozent für solche nachgelagerten Studiengebühren aus.¹⁹

¹⁶ Die Größenordnung des Effekts ist sehr ähnlich, wenn auch Einschreibungen an Fachhochschulen berücksichtigt werden.

¹⁷ So kommt ein Literatursurvey zu dem Schluss, dass der Anspruch auf 1000 US-Dollar an finanzieller Unterstützung die Einschreibung im Durchschnitt um etwa vier Prozentpunkte erhöht; vgl. David Deming und Susan Dynarski (2010): College aid. In: Targeting investments in children: Fighting poverty when resources are limited. University of Chicago Press, 283–302.

¹⁸ In Australien gibt es bereits seit 1989 nachgelagerte Studiengebühren – mit durchaus positiven Erfahrungen. Vgl. Gary Neil Marks (2009): The social effects of the Australian higher education contribution scheme (HECS). Higher Education, 57(1), 71–84.

¹⁹ Vgl. Ludger Wößmann et al. (2017): Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017. ifo Schnelldienst, 70(17), 17–38 (online verfügbar).

Ein Studium ist grundsätzlich mit Vorteilen wie einem höheren Lebensarbeitseinkommen und einer besseren Gesundheit verbunden.²⁰ Dies spricht dafür, dass nicht die gesamten Kosten von der Gesellschaft getragen werden sollten, sondern dass auch die Personen, die einen direkten privaten Nutzen aus dem Studium ziehen, direkt zur Finanzierung beitragen.²¹ Mit nachgelagerten Studiengebühren könnte es

möglich sein, dass die positiven Effekte von Studiengebühren erhalten werden, ohne potenziell Studierende von der Aufnahme eines Studiums aus finanziellen Gründen abzuschrecken. Es bleibt daher wichtig, dass potenzielle StudienanfängerInnen besser über die Möglichkeiten der Studienfinanzierung (BAföG, Studienkredite, Stipendien, Rückzahlungsmodalitäten bei nachgelagerten Studiengebühren) informiert werden.²²

20 Vgl. Daniel Kamhöfer, Hendrik Schmitz und Matthias Westphal (2019): Heterogeneity in marginal non-monetary returns to higher education. *Journal of the European Economic Association*, 17(1), 205–244 (online verfügbar).

21 Zwar zahlen StudienabsolventInnen aufgrund des progressiven Einkommensteuersystems bereits jetzt im Schnitt höhere Steuern, allerdings ist das System nicht zielgenau: Bei gleichem Einkommen zahlen Personen mit und ohne Studium die gleichen Steuern, also unabhängig davon, ob sie eine staatliche Leistung (Studium) in Anspruch genommen haben oder nicht. Zudem zahlen StudienabsolventInnen, die nach dem Studium im Ausland arbeiten, keine Einkommensteuern in Deutschland.

22 Vgl. Susan Dynarski et al. (2018): Closing the Gap: The Effect of a Targeted, Tuition-Free Promise on College Choices of High-Achieving, Low-Income Students. NBER Working Paper No. 25349; Frauke Peter, C. Katharina Spieß und Vaishali Zambre (2018): Infoworkshop zum Studium erhöht die Studienaufnahme. DIW Wochenbericht Nr. 26, 565–573 (online verfügbar); Frauke Peter und Vaishali Zambre (2017): Intended college enrollment and educational inequality: Do students lack information? *Economics of Education Review*, 60, 125–141. Frauke Peter et al. (2016): Informationen zum Studium verringern soziale Unterschiede bei der Studienabsicht von AbiturientInnen. DIW Wochenbericht Nr. 26, 555–565 (online verfügbar).

Jan Bietenbeck ist DIW Fellow in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin und Assistant Professor of Economics an der Lund Universität in Schweden | mail@janbietenbeck.com

Jan Marcus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin und Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg | jmarcus@diw.de

Felix Weinhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin und Professor für Public Economics an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) | fweinhardt@diw.de

JEL: I23, I22, I28

Keywords: Tuition fees, higher education

INTERVIEW



Felix Weinhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin

„Studierende haben aufgrund von Studiengebühren zielstrebig studiert“

1. **Herr Weinhardt, was unterscheidet Ihre Untersuchung von bisherigen Studien zu den Auswirkungen von Studiengebühren?** Als in Deutschland in den Jahren 2006 und 2007 in sieben Bundesländern Studiengebühren eingeführt wurden, hat man etwas sehr Unübliches gemacht, denn diese wurden auch von bereits eingeschriebenen Studierenden verlangt, es gab also keinen Bestandsschutz. Das erlaubt es uns, in unserer Studie zu untersuchen, was sich für diese Studierenden mit der Einführung von Studiengebühren verändert hat.
2. **Welche Auswirkungen hatte das auf die Studierenden, die bereits eingeschrieben waren?** Wir sehen, dass Studierende, die ihre Studienentscheidung lange vor Einführung der Studiengebühren getroffen hatten, ab dem Moment, in dem sie anfangen mussten zu zahlen, schneller und häufiger erfolgreich das Studium abschlossen. Die Studiengebühren, die mit in der Regel 500 Euro pro Semester im internationalen Vergleich eher gering waren, hatten den positiven Effekt, dass mit größerer Zielstrebigkeit studiert wurde und ungefähr drei bis vier Prozent mehr Studierende einen Abschluss erreichten.
3. **Liegt die Motivation darin, die Gesamtkosten zu senken oder ist ein Studium, das nichts kostet, weniger wert?** Im Grunde ist dieser Befund überraschend. Dass man sich vielleicht ein bisschen beeilt, wenn das Studium auf einmal teurer wird, ist noch naheliegend, aber wir haben herausgefunden, dass Studierende, die ohne Gebühren gar nicht fertig geworden wären, häufiger ihr Studium erfolgreich abschlossen. Es geht also nicht nur darum, dass es schnellere Abschlüsse gab, sondern es gab auch mehr Abschlüsse. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Studiengebühren die Finanzierung und Qualität der Lehre verbessert haben und das den Studierenden ermöglichte, häufiger abzuschließen. Für diese Hypothese finden wir jedoch keine Evidenz in unseren Daten. Wir sehen, dass Studierende, die für das gleiche Studium nichts zahlen mussten, nicht schneller wurden. Das heißt, letztendlich muss es um individuelle Anreize

gehen, sodass anscheinend eine relativ geringe Gebühr dazu geführt hat, dass man vielleicht etwas zielstrebig studiert hat.

4. **Inwieweit schrecken Studiengebühren AbiturientInnen ab, ein Studium zu beginnen?** Diese Frage wurde in der bisherigen Literatur schon eingehend untersucht. Wir haben uns das auch angeguckt, und in der Tat ist es so, dass ungefähr drei Prozent weniger Studienzugangsberechtigte ein Studium aufnehmen, wenn Gebühren verlangt werden.
5. **Welche Vor- oder Nachteile haben nachgelagerte Studiengebühren, die erst dann gezahlt werden müssen, wenn man ein Einkommen hat?** Das ist eine sehr schöne Idee, die dazu führen kann, dass die negativen Effekte auf die Aufnahme eines Studiums nicht entstehen, aber sie ist administrativ nur schwer umzusetzen. Letztendlich wissen wir auch nicht, ob sich Studierende nicht auch durch nachgelagerte Gebühren abschrecken lassen würden.
6. **Studiengebühren wurden in Deutschland in allen Bundesländern wieder abgeschafft. Wie beurteilen Sie diese Entscheidung unter Berücksichtigung Ihrer Ergebnisse?** Man hat ja nicht nur die 2006/2007 eingeführten Studiengebühren für die Regelstudienzeit wieder abgeschafft, sondern gleichzeitig auch die erst ein paar Jahre zuvor eingeführten Langzeitstudiengebühren. Daher gibt es jetzt insgesamt weniger Studiengebühren als unmittelbar vor der Einführung der Studiengebühren für ein Regelstudium. Das ist eine Entscheidung, die vor dem Hintergrund der nicht gerade üppigen Finanzierung der Hochschulen vielleicht noch einmal zu überdenken ist. Wenn aber über Studiengebühren nachgedacht wird, ist es wichtig, dass dadurch keine zusätzlichen sozialen Ungleichheiten entstehen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



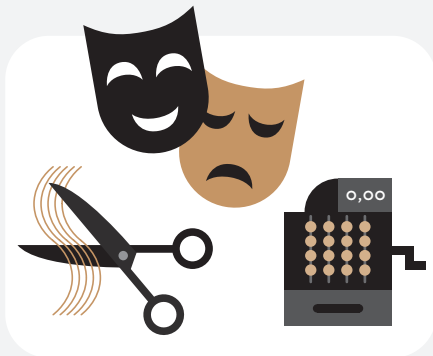
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

Warum vor allem weibliche Selbstständige Verliererinnen der Covid-19-Krise sind

Von Johannes Seebauer, Alexander S. Kritikos und Daniel Graeber

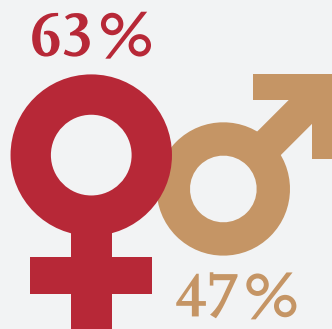
- Mehrzahl der Selbstständigen musste in den ersten Monaten der Corona-Pandemie Einkommensverluste hinnehmen, Frauen deutlich öfter als Männer
- Wesentlicher Grund: selbstständige Frauen sind überproportional häufig in den von der Pandemie besonders stark betroffenen Branchen tätig
- Auch deshalb treffen die von der Politik beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie selbstständige Frauen stärker
- Frauen sind zudem häufiger psychisch belastet
- Die von der Politik vielfach geforderte verlässliche finanzielle Hilfe ist für betroffene selbstständige Frauen daher von besonderer Bedeutung

Selbstständige Frauen müssen deutlich öfter Einkommensverluste hinnehmen als selbstständige Männer

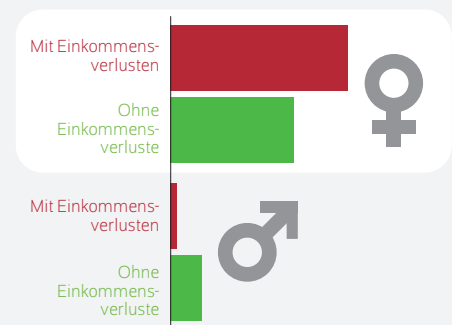


Weil mehr selbstständige Frauen in von der Pandemie stark beeinträchtigten Berufen arbeiten, ...

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP-CoV.



... erfahren diese häufiger **Einkommensverluste** als selbstständige Männer.



Auch **Angst- und Depressionssymptome** sind bei selbstständigen Frauen nun häufiger, vor allem bei denen mit Einkommensverlusten.

© DIW Berlin 2021

ZITAT

„Die Auswirkungen von Covid-19 sind nicht geschlechtsneutral. So erleben selbstständig tätige Frauen infolge der Pandemie deutlich häufiger Einkommenseinbußen als männliche Selbstständige. Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig verwunderlich, dass selbstständige Frauen auch psychisch stärker von der Krise belastet sind.“

— Johannes Seebauer —

Warum vor allem weibliche Selbstständige Verliererinnen der Covid-19-Krise sind

Von Johannes Seebauer, Alexander S. Kritikos und Daniel Graeber

ABSTRACT

Die Covid-19-Pandemie hat das Leben vieler Menschen negativ beeinflusst. Auf Basis einer Sonderbefragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP-CoV) zeigt sich, dass die Pandemie die rund 4,2 Millionen Selbstständigen in Deutschland im Vergleich zu den abhängig Beschäftigten stärker getroffen hat. Dabei besteht ein deutlicher Gender Gap: Während 47 Prozent der selbstständigen Männer Einkommensverluste verzeichnen, sind es bei den selbstständigen Frauen 63 Prozent. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass selbstständige Frauen häufiger in Branchen tätig sind, die besonders stark von der Pandemie betroffen sind und deshalb mit höherer Wahrscheinlichkeit direkt mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wie der Regulierung von Öffnungszeiten konfrontiert werden. Darüber hinaus zeigt sich, dass auch die psychische Gesundheit selbstständiger Frauen stärker unter den Folgen der Pandemie leidet als diejenige selbstständiger Männer. Insgesamt machen die Ergebnisse deutlich, dass die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in ihrer Wirkung nicht geschlechterneutral sind; dies müssen politische Verantwortungsträger stärker berücksichtigen.

Ein globales Phänomen der Covid-19-Pandemie ist, dass Selbstständige von den Folgen und den mit der Pandemie verbundenen Beschränkungen besonders stark betroffen sind.¹ Das gilt auch für die rund 4,2 Millionen Selbstständigen in Deutschland, die rund zehn Prozent der Erwerbstätigen ausmachen. Viele von ihnen haben hohe Umsatz- und Einkommensverluste erlitten und sehen sich zunehmend in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet,² wenn sie nicht schon ihre selbstständige Tätigkeit aufgegeben haben.

Unter geschlechterspezifischen Gesichtspunkten wird seit Beginn der Covid-19-Pandemie vor allem darüber diskutiert, inwieweit die weibliche Erwerbsbevölkerung stärker familiären Belastungen ausgesetzt ist als die männliche.³ Noch immer übernehmen Frauen häufiger Betreuungsaufgaben in der Familie und sind daher von der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten stärker betroffen.⁴ Bisher wird in der Debatte um Geschlechterunterschiede in den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie aber kaum hinsichtlich der verschiedenen Beschäftigungsformen unterschieden. Dies erscheint jedoch vor dem Hintergrund, dass die Selbstständigen von der Corona-Krise in weitaus stärkerem Maße betroffen sind als die abhängig Beschäftigten, von zentraler Bedeutung.

¹ Vgl. zum Beispiel für die USA Robert W. Fairlie (2020): The impact of Covid-19 on small business owners: Evidence from the first three months after widespread social-distancing restrictions. *Journal of Economics & Management Strategy* 29(4), 727–740 (online verfügbar, abgerufen am 29. März 2021). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, soweit nicht anders vermerkt) sowie Charlene M. Kalenkoski und Sabrina W. Pabilonia (2020): Initial impact of the Covid-19 pandemic on the employment and hours of self-employed coupled and single workers by gender and parental status. IZA Discussion Paper 13443 (online verfügbar); für Großbritannien Jack Blundell und Stephen Machin (Mai 2020): Self-employment in the Covid-19 crisis. CEP Covid-19 Briefings cepcovid-19-003 (online verfügbar); für Kanada Louis-Philippe Beland, Oluwatobi Fakorede und Derek Mikola (2020): The Short-Term Effect of Covid-19 on Self-Employed Workers in Canada. GLO Discussion Paper Series 585 (online verfügbar).

² Vgl. auch Alexander S. Kritikos, Daniel Graeber und Johannes Seebauer (2020): Corona-Pandemie wird zur Krise für Selbstständige. DIW aktuell 47 (online verfügbar).

³ Vgl. zum Beispiel Sabine Zinn et al. (2020): Subjektive Belastung der Eltern durch Schulschließungen zu Zeiten des Corona-bedingten Lockdowns. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research Nr. 1097 (online verfügbar); Jonas Jessen, C. Katharina Spieß, und Katharina Wrohlich (2021): Sorgearbeit während der Corona-Pandemie: Mütter übernehmen größeren Anteil – vor allem bei schon zuvor ungleicher Aufteilung. DIW Wochenbericht, Nr. 9, 131–139 (online verfügbar).

⁴ Vgl. Titan Alon et al. (2020): The impact of Covid-19 on gender equality. NBER Working Paper series No. 26947 (online verfügbar).

Die Pandemie trifft vor allem jene Wirtschaftszweige, die physische Nähe erfordern und bei denen deshalb die Kontaktbeschränkungen eine große Rolle spielen. Dazu zählen beispielsweise die Kultur- und Kreativbranche, das Gastgewerbe, der Handel oder persönliche Dienstleistungen wie etwa Friseursalons. Dies sind Branchen, in denen anteilig mehr Selbstständige und kleinste Unternehmen zu finden sind als etwa im verarbeitenden Gewerbe. Obwohl selbstständige Frauen relativ häufiger im Dienstleistungssektor tätig sind als selbstständige Männer,⁵ blieb in der öffentlichen Diskussion bisher aber unberücksichtigt, inwieweit sich die stärkeren branchenspezifischen Belastungen der Selbstständigen in Geschlechterunterschiede übersetzen.

Im Folgenden wird daher untersucht, inwieweit es im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie geschlechterspezifische Unterschiede bei den selbstständig und abhängig Beschäftigten gibt. Dazu werden die realisierten Einkommensverluste von Männern und Frauen betrachtet und schließlich mögliche Ursachen für die geschlechterspezifischen Unterschiede analysiert.⁶

Dabei geht es nicht allein um monetäre Aspekte. Die Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit, die aus epidemiologischer Sicht zweifelsohne sinnvoll sind, bedrohen die Existenz der betroffenen Selbstständigen. Dies kann auch Auswirkungen auf deren psychische Gesundheit haben. Daher wird abschließend untersucht, welche Auswirkungen von der Covid-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit von Selbstständigen beiderlei Geschlechts – auch im Vergleich zu den abhängig Beschäftigten – ausgehen.

Für diese Analyse wird das Sozio-oekonomische Panel-CoV (SOEP-CoV, Kasten 1) verwendet, ein repräsentativer Datensatz, der im Zuge der Pandemie erhoben wurde. Die SOEP-CoV-Daten wurden zwischen April und Juli 2020 erhoben. Dabei wurde aus dem Kreis der vom SOEP regelmäßig befragten Haushalte eine zufällige Stichprobe ausgewählt⁷ und zur wirtschaftlichen und familiären Situation, zur Gesundheit sowie dem Einsatz öffentlicher Unterstützungsinstrumente während der Covid-19-Pandemie interviewt. Die Integration dieser Daten in das SOEP hat den Vorteil, dass die Informationen aus dem SOEP-CoV mit zahlreichen Vorjahresinformationen verknüpft werden können.

⁵ Im Jahr 2016 arbeiteten 91 Prozent der selbstständigen Frauen und 68 Prozent der selbstständigen Männer in Deutschland im Dienstleistungssektor. Vgl. OECD (2017): Entrepreneurship at a glance (online verfügbar).

⁶ Für weitergehende Informationen siehe Daniel Graeber, Alexander S. Kritikos und Johannes Seebauer (2021): Covid-19: a crisis of the female self-employed, zur Veröffentlichung angenommen im Journal of Population Economics.

⁷ Das SOEP ist eine repräsentative Haushaltsstichprobe in Deutschland, in der seit 1984 jährlich Haushalte sowie deren Mitglieder wiederholt befragt werden. Vgl. Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239(2), 345–360 (online verfügbar).

Kasten 1

Datengrundlage

Die Analysen basieren auf Daten der SOEP-CoV-Erhebung.¹ Darin wurden Haushalte der regulären Befragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) in neun Stichproben (Tranchen) aufgeteilt, um während des Covid-19-bedingten ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 und der Zeit danach spezifische Informationen zur Lebenssituation von privaten Haushalten und Personen in Deutschland zu erheben. Die Tranchen sind so aufgebaut, dass sie alle Privathaushalte in Deutschland hinsichtlich ihrer Zusammensetzung repräsentativ abbilden.

Die Erhebung startete am 1. April 2020 und wurde am 4. Juli 2020 abgeschlossen. Insgesamt konnten Personen aus etwa 6 700 Haushalten befragt werden. Die Befragungen erfolgten über computergestützte telefonische Interviews (CATI) durch das Erhebungsinstitut Kantar. Befragte, die nicht unmittelbar erreicht werden konnten, wurden über mehrere Tage hinweg und zu verschiedenen Uhrzeiten erneut angerufen.

¹ Vgl. SOEP-CoV (2020): Sozio-ökonomische Faktoren und Folgen der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland (online verfügbar); Simon Kühne et al. (2020): The Need for Household Panel Surveys in Times of Crisis: The Case of SOEP-CoV. Survey Research Methods No. 2, 195–203 (online verfügbar).

Einkommensverluste trafen selbstständige Frauen im zweiten Quartal 2020 häufiger als selbstständige Männer

Im SOEP-CoV geben Befragte unter anderem an, ob sich infolge der Covid-19-Pandemie ihr Erwerbseinkommen verringerte. Es zeigt sich einerseits, dass Selbstständige deutlich häufiger Einkommensverluste hinnehmen mussten als abhängig Beschäftigte, und andererseits, dass selbstständige Frauen stärker betroffen waren. Während rund 47 Prozent der selbstständigen Männer eine Verringerung ihres Einkommens hinnehmen mussten, waren es bei den weiblichen Selbstständigen etwa 63 Prozent (Tabelle 1; Abbildung 1). Bei den abhängig Beschäftigten waren hingegen keine signifikanten geschlechterspezifischen Unterschiede beobachtbar.

Um die geschlechterspezifische Auswirkung der Covid-19-Pandemie hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten aus selbstständiger Tätigkeit näher zu untersuchen, wird eine Gelbach-Dekomposition verwendet. Diese gibt den Beitrag verschiedener Charakteristika oder Gruppen von Charakteristika zum erklärbaren Teil des Gender Gaps an (Kasten 2).

Der unbereinigte Gender Gap hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten aus selbstständiger Tätigkeit beträgt 17 Prozentpunkte (Tabelle 2). Bereinigt um den Einfluss demographischer Charakteristika (Alter, Migrationshintergrund), des Haushaltskontexts (Größe des Haushalts, Ehestand, Haushaltsnettoeinkommen, Vorhandensein von Kindern im Haushalt), von Persönlichkeitsmerkmalen

Tabelle 1

Auswirkungen der Pandemie auf Selbstständige und abhängig Beschäftigte zwischen April und Juli 2020

Anteile (soweit nicht anders angegeben)

	Selbstständige		Abhängig Beschäftigte	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Relative Häufigkeit von Einkommensverlusten	0,47	0,63	0,15	0,12
Betroffenheit von Schocks				
Regulierungen der Unternehmung (zum Beispiel Öffnungszeiten)	0,35	0,56		
Zulieferprobleme	0,13	0,11		
Nachfrageeinbußen	0,41	0,46		
Demographie				
Alter in Jahren	55,33	52,25	46,87	47,14
Migrationshintergrund	0,17	0,15	0,22	0,2
Haushaltskontext				
Haushaltsgröße in Personen	2,61	2,63	2,72	2,88
Verheiratet	0,63	0,61	0,59	0,58
Kind im Haushalt lebend	0,35	0,35	0,43	0,49
Haushaltsnettoeinkommen in Euro	4 862,82	4 374,67	3 926,69	3 763,45
Bildung				
Mittlere Bildung	0,35	0,41	0,43	0,54
Hohe Bildung	0,54	0,48	0,38	0,33
Erfahrung in Arbeitslosigkeit in Jahren	0,88	0,87	0,72	0,99
Beobachtungszahl	156	155	1252	1970

Lesebeispiel: Der erste Wert in der ersten Spalte bedeutet, dass 47 Prozent der selbstständigen Männer Einkommensverluste hinnehmen mussten.

Anmerkung: Mittelwerte für verschiedene Variablen in den jeweiligen Gruppen. Sofern nicht anders angegeben, sind diese als Anteile aller Befragten der jeweiligen Gruppe zu verstehen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderbefragung des Sozio-oekonomischen Panels während der Corona-Pandemie (SOEP-CoV).

© DIW Berlin 2021

Kasten 2

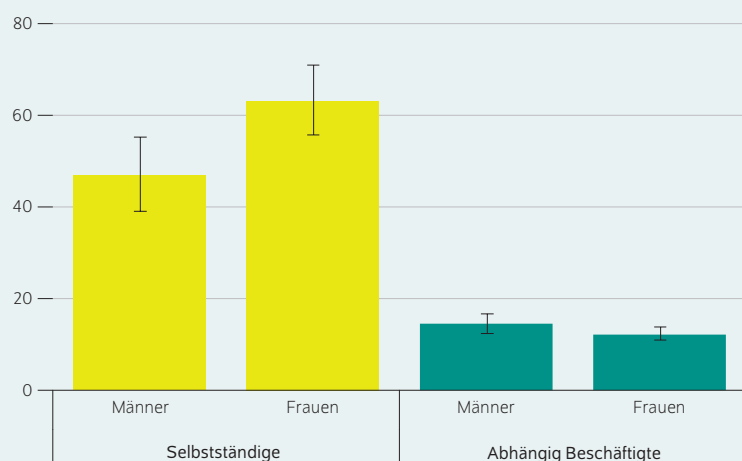
Gelbach-Dekomposition

Die Gelbach-Dekomposition ist eine Dekompositionsmethode, die den Beitrag verschiedener Variablen (oder Gruppen von Variablen) zu der Gesamtveränderung eines Koeffizienten misst, die sich durch das Hinzufügen der Kontrollvariablen ergibt.¹ Im Kontext der Analyse wird betrachtet, wie sich der Koeffizient des Gender-Indikators durch das Hinzufügen verschiedener Kontrollvariablen ändert und welchen Beitrag die jeweiligen Variablen zu dieser Veränderung leisten. Tabelle 2 zeigt jeweils den unbereinigten Gender Gap ohne Kontrollvariablen sowie den bereinigten Gender Gap unter Berücksichtigung aller Kontrollvariablen. Abbildungen 2 und 3 zeigen den Beitrag der im Haupttext beschriebenen Variablen(-Gruppen) zur Differenz zwischen diesen beiden Größen. Abbildung 4 führt die jeweiligen Schocks als zusätzliche Variable in die Gelbach-Dekomposition des Gender Gaps hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten ein. Darüber hinaus ist zu beachten, dass sich die unbereinigten Gender Gaps in Tabelle 2 von den Werten in den deskriptiven Statistiken der Tabelle 1 leicht unterscheiden. Dies liegt darin begründet, dass auch in der Schätzung ohne Kontrollvariablen Indikatoren für das Bundesland sowie die Kalenderwoche berücksichtigt werden. Damit wird dem Verlauf der Pandemie über die Zeit sowie der Heterogenität der Bundesländer Rechnung getragen. Die Schätzungen werden somit nicht dadurch verzerrt, dass Personen zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in verschiedenen Bundesländern befragt wurden.

¹ Vgl. Jonah B. Gelbach (2016): When do covariates matter? And which ones, and how much? *Journal of Labor Economics* 34(2), 509–543 (online verfügbar).

Abbildung 1

Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten nach Gruppen In Prozentpunkten



Anmerkung: Die vertikalen Linien geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an. Dieses gibt an, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderbefragung des Sozio-oekonomischen Panels während der Corona-Pandemie (SOEP-CoV).

© DIW Berlin 2021

Selbstständige – insbesondere Frauen – erfahren häufiger Einkommensverluste als abhängig Beschäftigte.

(den sogenannten „Big Five“)⁸, von Bildung, den Jahren in Arbeitslosigkeit sowie der Branchenzugehörigkeit (NACE Rev. 2), reduziert sich der Gender Gap auf etwa acht Prozentpunkte. Dieser Teil des Gender Gaps bleibt unerklärt durch die berücksichtigten Charakteristika. Der Rückgang des Gender Gaps um rund neun Prozentpunkte (der erklärbare Teil) lässt sich überwiegend auf die Branchenzugehörigkeit zurückführen (Abbildung 2). Selbstständige Frauen arbeiten häufig in den Branchen, die von den Folgen der Covid-19-Pandemie besonders stark betroffen waren. Hierzu zählen persönliche Dienstleistungen wie zum Beispiel das Friseurgewerbe, der Handel oder auch das Beherbergungsgewerbe.

⁸ Die aus der psychologischen Literatur bekannten „Big Five“ –Persönlichkeitsmerkmale (Offenheit für Erfahrungen, Gewissenhaftigkeit, Extraversion, Verträglichkeit, Neurotizismus) beeinflussen sowohl den Eintritt in als auch den Verbleib in Selbstständigkeit. Vgl. zum Beispiel Marco Caliendo, Frank Fossen und Alexander S. Kritikos (2014): Personality characteristics and the decisions to become and stay self-employed. *Small Business Economics*, 42(4), 787–814 (online verfügbar).

Der Covid-19-bedingte Gender Gap ist auch eine Folge der Eindämmungsmaßnahmen

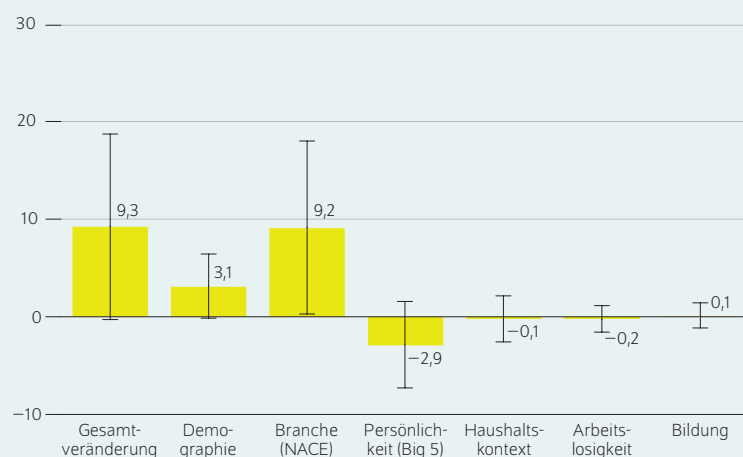
Welch wichtige Rolle die Branchenzugehörigkeit von Selbstständigen hinsichtlich der geschlechterspezifischen Wirkung der Pandemie spielt, lässt sich aus den Antworten der Selbstständigen auf die Frage ableiten, welche Schocks in Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie für sie eine Rolle gespielt haben. Mögliche Schocks sind die Betroffenheit von Eindämmungsmaßnahmen, beispielsweise der Beschränkung von Öffnungszeiten (Politikschock), von Zuliefererschwierigkeiten (Angebotsschock) sowie von einem Einbruch der Nachfrage nach den jeweiligen Produkten und Dienstleistungen (Nachfrageschock). Geschlechterspezifische Unterschiede bei den Antworten deuten auf mögliche Ursachen des Gender Gaps bei der Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten hin.

Wie die Gelbach-Dekomposition – ohne Berücksichtigung der Kontrollvariablen – zeigt, waren selbstständige Frauen mit einer um 20 Prozentpunkte signifikant höheren Wahrscheinlichkeit direkt von Beschränkungen ihrer Unternehmungen betroffen, die zur Eindämmung der Pandemie von der Bundes- und den Landesregierungen erlassen worden waren (Tabelle 2). Bei der Inzidenz von Angebot- oder Nachfrageschocks finden sich hingegen keine signifikanten Geschlechterunterschiede. Wird der Einfluss der Kontrollvariablen berücksichtigt, zeigt sich, dass der Gender Gap bei der direkten Betroffenheit durch die Eindämmungsmaßnahmen um rund 15 auf rund fünf Prozentpunkte sinkt (Abbildung 3). Davon lassen sich knapp neun Prozentpunkte auf die Branchenzugehörigkeit zurückführen: Selbstständige Frauen arbeiten überproportional häufig in Wirtschaftszweigen, die durch Regelungen bei den Öffnungszeiten oder durch allgemeine Kontaktbeschränkungen stark betroffen sind, was sich in Einkommensverlusten aus Selbstständigkeit widerspiegelt hat. Dieser Zusammenhang lässt sich durch die Einführung des jeweiligen Schocks als zusätzliche Variable in die Gelbach-Dekomposition des Gender Gaps für die Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten beobachten (Abbildung 4).⁹ Auf diese Weise kann geprüft werden, ob sich die Geschlechterunterschiede bei der Betroffenheit von Eindämmungsmaßnahmen direkt in die Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten übersetzen. Es zeigt sich, dass die direkte Betroffenheit von Eindämmungsmaßnahmen einen signifikanten Beitrag zum Gender Gap hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten leistet. Bei Angebots- und Nachfrageschocks findet sich ein solcher Mechanismus nicht.

⁹ Für eine bessere Übersichtlichkeit sind die demographischen Variablen, der Haushaltskontext, Persönlichkeitsmerkmale, Bildung sowie Jahre in Arbeitslosigkeit in der Kategorie „Rest“ zusammengefasst.

Abbildung 2

Zerlegung des Gender Gaps hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten der Selbstständigen In Prozentpunkten



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Gelbach-Dekomposition. Die vertikalen Linien geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an. Dieses sagt aus, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderbefragung des Sozio-oekonomischen Panels während der Corona-Pandemie (SOEP-CoV).

© DIW Berlin 2021

Selbstständige Frauen arbeiten überproportional häufig in Branchen, die besonders von der Pandemie getroffen sind.

Tabelle 2

Gender Gaps bei der Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten sowie der Betroffenheit der Selbstständigen durch Politik-, Angebots- und Nachfrageschocks

Auf einer Skala von 0 bis 1

	Unbereinigter Gender Gap	R-Quadrat	Bereinigter Gender Gap	R-Quadrat
Einkommensverluste	0,17 ***	0,13	0,08	0,41
Betroffenheit von Schocks				
Regulierungen der Unternehmung (zum Beispiel Öffnungszeiten)	0,2 ***	0,13	0,05	0,46
Zulieferprobleme	-0,03	0,05	-0,06	0,31
Nachfrageeinbußen	0,05	0,09	-0,01	0,38
Beobachtungszahl	311		311	

Lesebeispiel: Der erste Wert in der ersten Spalte bedeutet, dass selbstständige Frauen mit einer um 17 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit Einkommenseinbußen hinnehmen mussten als selbstständige Männer.

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die unbereinigten und bereinigten Gender Gaps für die Gelbach-Dekomposition: Spalte 1 zeigt den Koeffizienten des Gender-Indikators (1 = weiblich) einer Regression der abhängigen Variablen (Inzidenz von Einkommensverlusten beziehungsweise Schock) auf den Gender-Indikator und Indikatoren für Bundesland und Kalenderwoche (unbereinigter Gender Gap). Spalte 3 zeigt den Koeffizienten des Gender-Indikators einer Regression der abhängigen Variablen auf den Gender-Indikator, Indikatoren für Bundesland und Kalenderwoche sowie der Kontrollvariablen(-gruppen) Demographie, Haushaltskontext, Persönlichkeit, Bildung, Jahre der Arbeitslosigkeit und Branche (bereinigter Gender Gap). Das R-Quadrat drückt den Anteil der Variabilität der abhängigen Variable auf einer Skala von null bis eins aus, der durch das Modell erklärt wird. Die Sternchen an den Werten bezeichnen das Signifikanzniveau. Je mehr Sternchen, desto geringer die Irrtumswahrscheinlichkeit: ***, ** und * geben die Signifikanz auf dem Ein-, Fünf- und Zehn-Prozent-Niveau an.

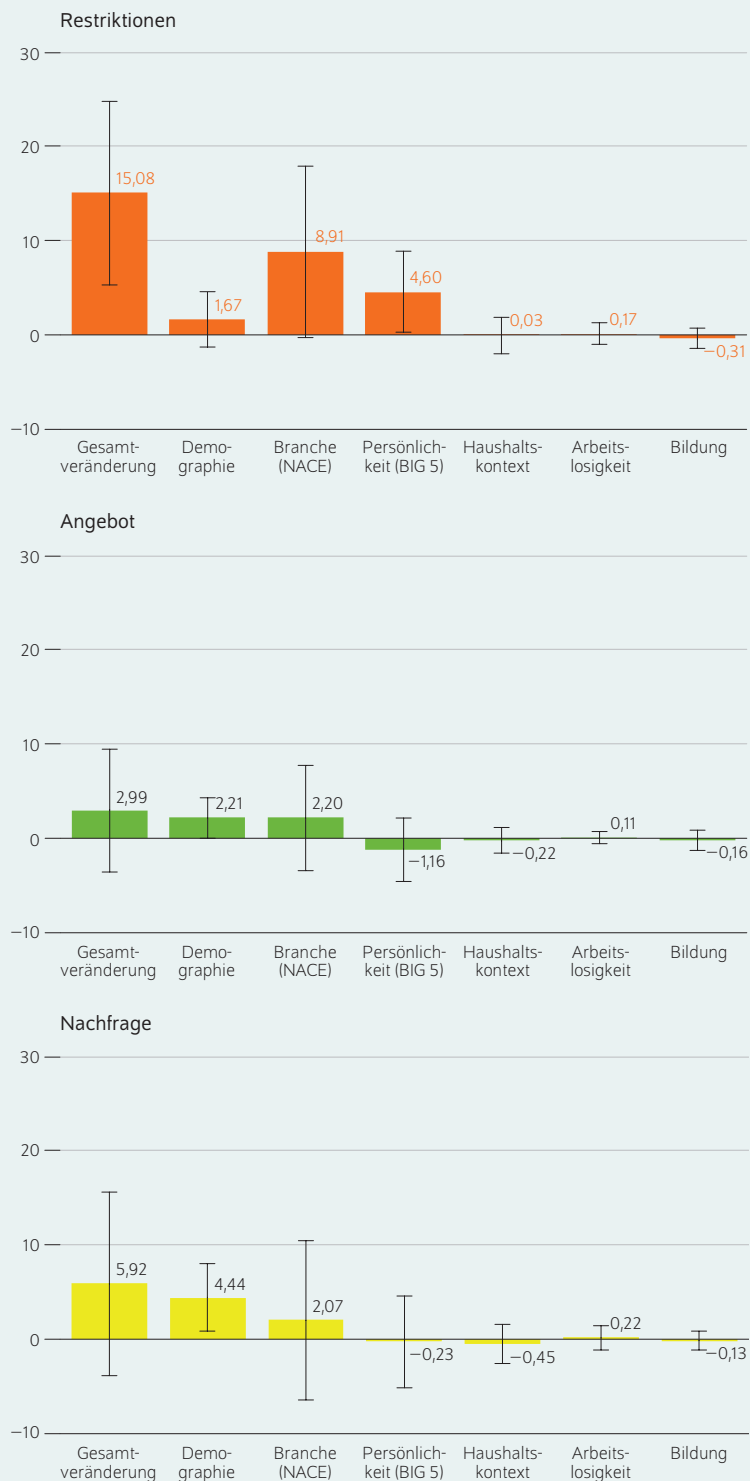
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderbefragung des Sozio-oekonomischen Panels während der Corona-Pandemie (SOEP-CoV 2020).

© DIW Berlin 2021

Abbildung 3

Einflussfaktoren auf den Gender Gap bei Politik-, Angebots- und Nachfrageschocks

In Prozentpunkten



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Gelbach-Dekomposition. Die vertikalen Linien geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an. Dieses sagt aus, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

© DIW Berlin 2021

Selbstständige Frauen sind häufiger von pandemischen Eindämmungsmaßnahmen betroffen als selbstständige Männer.

Gestiegene Häufigkeit von Depressions-symptomen bei selbstständigen Frauen infolge der Pandemie

Die Begleitumstände der Pandemie spiegeln sich nicht nur in finanziellen Einbußen wider, sondern belasten auch die Psyche der Menschen. Dies wurde bei der Befragung im SOEP-CoV berücksichtigt.¹⁰ Dazu wurden vier Einzelfragen gestellt, die die Häufigkeit verschiedener Symptome in den vorangegangenen zwei Wochen auf einer vierstufigen Skala abfragen.¹¹ Die Antworten werden zum sogenannten „PHQ-4-Score“ als Maß für die Frequenz von Depressionssymptomen aufsummiert. Da der PHQ-4-Fragebogen auch Bestandteil der regulären SOEP-Befragung des Jahres 2019 war, kann die Veränderung dieses Maßes für die psychische Gesundheit im Vergleich zu der Zeit vor der Pandemie betrachtet werden. Auffällig ist, dass der Mittelwert des PHQ-4-Scores zwischen 2019 und 2020 deutlich gestiegen ist – von 1,55 auf 2,15 auf einer Skala von null bis zwölf (Abbildung 5). Die Inzidenz von Depressionssymptomen steigt dabei besonders deutlich. Während im Jahr 2019 rund 38 Prozent der Befragten zu keiner Zeit Depressions- oder Angstsymptome berichteten, trifft dies im Jahr 2020 nur noch auf 21 Prozent der Befragten zu. Insgesamt lässt sich eine deutliche Rechtsverschiebung der Häufigkeitsverteilung beobachten.

Abschließend wird untersucht, ob sich die stärkere Betroffenheit selbstständiger Frauen durch die Covid-19-Pandemie auch in einer relativ stärkeren Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit widerspiegelt. Hierbei wird erneut auch zwischen Selbstständigen und abhängig Beschäftigten unterschieden. Ebenso wird danach unterschieden, ob Einkommensverluste hingenommen werden mussten. Bei den selbstständigen Frauen zeigen sich vor allem bei denjenigen mit Einkommensverlusten substanziell häufiger Depressions- und Angstsymptome als im Jahr 2019 (Abbildung 6).¹² Aber auch bei den abhängig beschäftigten Frauen treten diese Symptome häufiger auf, allerdings deutlich schwächer ausgeprägt. Ganz anders bei den Männern. Bei den selbstständigen Männern löst die Covid-19-Pandemie kaum psychische Belastungen aus, bei den abhängig beschäftigten Männern mit Einkommensverlusten verschlechtern sich die PHQ-4-Scores hingegen in etwa in der gleichen

¹⁰ Im SOEP-CoV werden Befragte gebeten, den PHQ-4-Fragebogen (Patient-Health-Questionnaire) auszufüllen, der als Screeninginstrument für Depressions- und Angstsymptome eingesetzt wird. Vgl. auch Teresa Entringer et al. (2020): Psychische Krise durch Covid-19? Sorgen sinken, Einsamkeit steigt, Lebenszufriedenheit bleibt stabil. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research Nr. 1087 (online verfügbar).

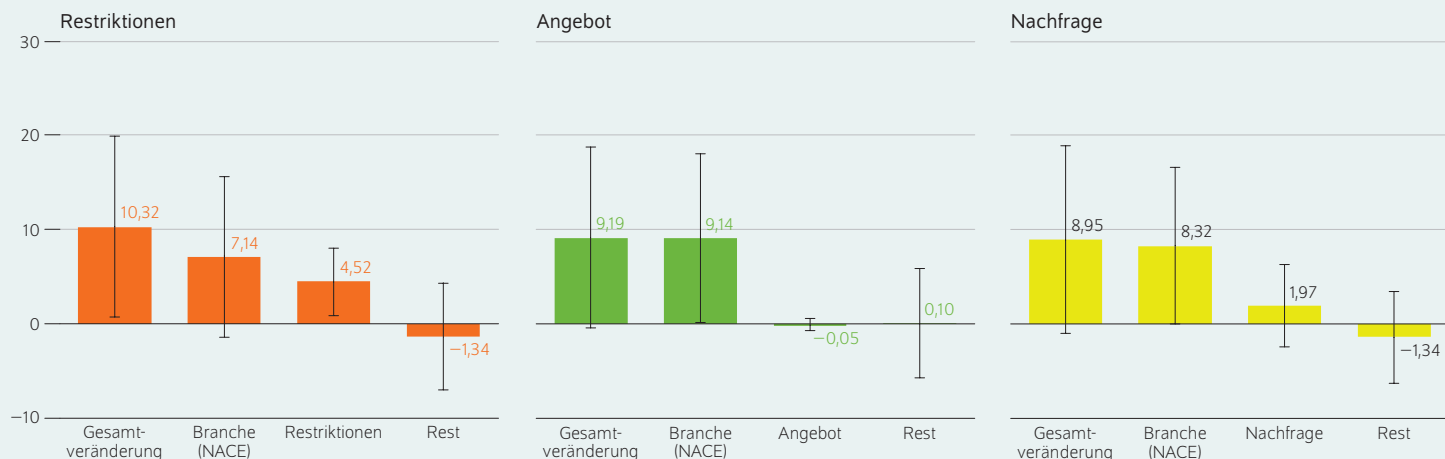
¹¹ Die Antwortskala reicht von „überhaupt nicht“ (0) über „an einigen Tagen“ (1) und „an mehr als der Hälfte der Tage“ (2) bis zu „(fast) jeden Tag“ (3).

¹² Die Veränderungen sind regressions-adjustiert und werden in Prozent einer Standardabweichung ausgedrückt (Kasten 3). Weitergehende Analysen legen nahe, dass auch hier die Betroffenheit von Eindämmungsmaßnahmen als Mechanismus fungiert: Selbstständige Frauen, die direkt von Eindämmungsmaßnahmen betroffen sind, erleiden eine stärkere Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Ähnliches gilt für selbstständige Frauen mit Kindern. Die erhöhte Betreuungslast im Verbund mit einer selbstständigen Tätigkeit scheint sich auch negativ auf die psychische Gesundheit von Frauen auszuwirken.

Abbildung 4

Beitrag von Politik-, Angebots- und Nachfrageschocks zum Gender Gap bei Einkommensverlusten

Wahrscheinlichkeit von Einkommensverlusten in Prozentpunkten



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Gelbach-Dekomposition. Die vertikalen Linien geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an. Dieses sagt aus, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

© DIW Berlin 2021

Die Eindämmungsmaßnahmen sind mitverantwortlich für den Gender Gap bei Einkommensverlusten.

Größenordnung wie bei den weiblichen Selbstständigen mit Einkommensverlusten.¹³

Fazit: Verlässliche Hilfen sind für Selbstständige nun besonders wichtig

Die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen beeinträchtigen das Wirtschaftsleben in erheblicher Weise. Besonders Selbstständige sind von der Pandemie betroffen: Von den 4,2 Millionen Selbstständigen in Deutschland mussten Frauen jedoch um etwa ein Drittel häufiger Covid-19-bedingte Einkommensverluste als Männer hinnehmen. Zumindest im untersuchten Zeitraum von April bis Juni 2020 findet sich für die abhängig Beschäftigten kein vergleichbarer geschlechterspezifischer Unterschied.

Die Analyse zeigt, dass diese geschlechterspezifischen Unterschiede bei Selbstständigen zu großen Teilen darauf zurückzuführen sind, dass selbstständige Frauen überproportional häufig in Branchen arbeiten, die von der Covid-19-Pandemie besonders stark betroffen sind. Eine zentrale Rolle hierbei kommt den staatlich verfügbaren Eindämmungsmaßnahmen wie beispielsweise der Beschränkung von Öffnungszeiten zu. Während andere pandemiebedingte Schocks wie Nachfrageeinbrüche oder Lieferengpässe nicht zu geschlechterspezifischen Unterschieden führen, sind selbstständige Frauen mit einer rund 60 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie betroffen als selbstständige Männer.

Die negativen Auswirkungen des Pandemieschocks beschränken sich jedoch nicht allein auf monetäre Einbußen, sondern belasten die Betroffenen auch psychisch. Im Vergleich zur Situation vor der Krise hat die Frequenz von Depressions- und Angstsymptomen bei Frauen im Allgemeinen deutlich zugenommen. Am häufigsten sind davon selbstständige Frauen betroffen, insbesondere wenn sie finanzielle Verluste erleiden. Bei den Männern betrifft dies besonders abhängig Beschäftigte mit Einkommensverlusten – also vor allem Männer in Kurzarbeit.

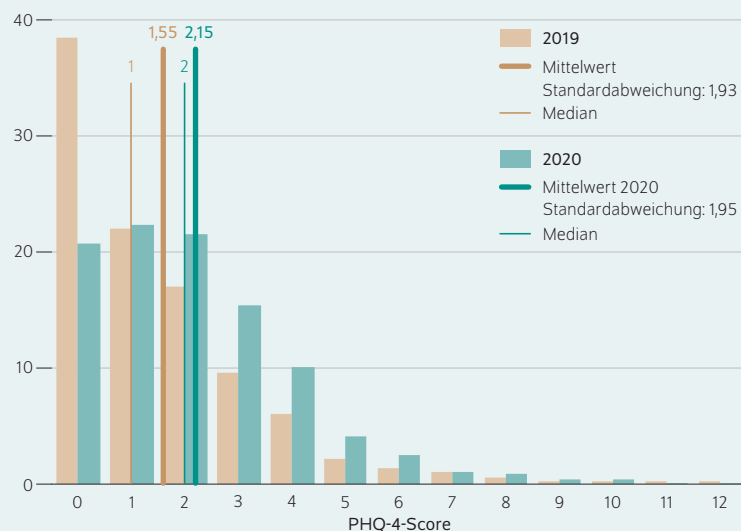
Kasten 3**Fixed-Effects-Regression**

Die Analyse der Veränderung des PHQ-4-Scores als Maß für die psychische Gesundheit der Befragten beruht auf einem linearen Regressionsmodell mit personenspezifischen „Fixed Effects“. Dabei wird der PHQ-4-Score auf gruppenspezifische Indikatoren (selbstständige Männer/Frauen, abhängig Beschäftigte Männer/Frauen) sowie einen Jahresindikator regressiert. Zudem werden die Koeffizienten mittels personenspezifischer „Fixed Effects“ um *zeitinvariante Charakteristika* bereinigt. Dies verhindert Verzerrungen der Schätzungen durch Faktoren, die sich zwischen den betrachteten Gruppen systematisch unterscheiden können (zum Beispiel Bildung, sozio-demographische Charakteristika oder unveränderliche Persönlichkeitsmerkmale). Für den Zweck der Regressionsanalyse wird der PHQ-4-Score auf den Mittelwert null und die Standardabweichung eins standardisiert, sodass die geschätzten Koeffizienten in Prozent einer Standardabweichung ausgedrückt werden. Dies erleichtert die Interpretation der Effektgrößen.

¹³ Abhängig Beschäftigte mit Einkommensverlusten sind überwiegend solche Beschäftigte, die von ihren Arbeitgebern in Kurzarbeit geschickt wurden.

Abbildung 5

Häufigkeit von Angst- und Depressionssymptomen In Prozent



Anmerkung: Verteilung des PHQ-4-Scores in der Stichprobe für die Jahre 2019 und 2020. Der PHQ-4-Score ist ein Maß für die Frequenz von Angst- und Depressionssymptomen.

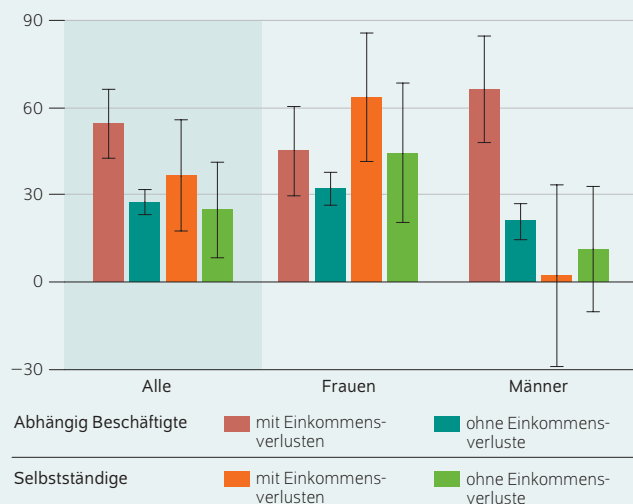
© DIW Berlin 2021

Im Jahr 2020 geben deutlich mehr Menschen Angst- und Depressionssymptome an als im Vorjahr.

Abbildung 6

Veränderung im Auftreten von Angst- und Depressionssymptomen

In Prozent einer Standardabweichung gegenüber Vorjahr



Anmerkung: Die gezeigten Punktschätzer sind Koeffizienten aus einer Fixed Effects Regression (siehe Kasten 3). Die Linien um die Punktschätzer geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an. Dieses sagt aus, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt.

© DIW Berlin 2021

Die Häufigkeit von Angst- und Depressionssymptomen ist deutlich gestiegen, besonders bei Frauen.

Diese Ergebnisse geben auch der Diskussion um die im Zuge der Pandemie als unzureichend empfundenen Hilfen für Selbstständige eine zusätzliche Dimension. Vielen Selbstständigen werden Hilfen häufig mit großer Verspätung gewährt (die Auszahlung der sogenannten Novemberhilfen des Jahres 2020 hat sich bis zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Wochenberichts hingezogen), das Stellen von Hilfsanträgen erweist sich darüber hinaus als zunehmend aufwendig und kostspielig, muss doch seit den Überbrückungshilfen eine Steuerberatung zwischengeschaltet sein. Außerdem sind viele der Hilfen auf die Erstattung fixer Betriebskosten beschränkt. Hilfen zur Deckung des Lebensunterhalts werden nur in der jüngst verabschiedeten Neustarthilfe berücksichtigt. Gerade für selbstständige Frauen, die neben finanziellen Verlusten durch weitere Belastungen – wie Home Schooling (wenn sie schulpflichtige Kinder haben) und Home Office – zusätzlich unter Druck geraten, wäre eine verlässliche und mit wenig Aufwand zu beantragende Hilfe wichtig, die zudem in jenen Monaten mit hohen Umsatzverlusten fließt und auch die Lebenshaltungskosten deckt.

Dies gilt umso mehr, da die Ergebnisse dieser Studie auch in Zusammenhang mit der in den vergangenen zwei Jahrzehnten positiven Entwicklung einer langsam zunehmenden Bereitschaft von Frauen zur Aufnahme einer selbstständigen

Tätigkeit gesehen werden sollten.¹⁴ Wenn sich selbstständige Frauen während eines systemischen Schocks durch politische Maßnahmen zu wenig unterstützt fühlen, riskiert die Gesellschaft, dass sie sich von dieser Erwerbsform abwenden. Der Abstand zwischen den Geschlechtern bei der Selbstständigkeit dürfte sich dann wieder vergrößern. Eine solche Trendumkehr könnte sich negativ auf das Wachstum in Teilen der Wirtschaft auswirken.

Statt einer Vielzahl von Programmen würde den Selbstständigen ein einziges, fortlaufendes Instrument besser helfen, welches in Monaten mit großen Umsatzverlusten eine stetige und verlässliche finanzielle Unterstützung gewährt, die über die fixen Betriebskosten hinaus in begrenztem Umfang auch die Kosten des Lebensunterhalts deckt. Die Abfederung finanzieller Verluste könnte zudem psychische Belastungen verringern.

¹⁴ Siehe hierzu etwa Michael Fritsch, Alexander Kritikos und Alina Rusakova (2012): Selbstständigkeit in Deutschland: Der Trend zeigt seit langem nach oben. DIW Wochenbericht Nr. 4, 3–12 (online verfügbar).

Johannes Seebauer ist Doktorand der Infrastruktureinrichtung Sozioökonomisches Panel am DIW Berlin | jseebauer@diw.de

Alexander S. Kritikos ist Forschungsdirektor Entrepreneurship am DIW Berlin | akritikos@diw.de

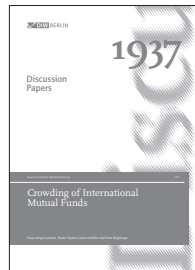
Daniel Graeber ist Doktorand der Infrastruktureinrichtung Sozioökonomisches am DIW Berlin | dgraeber@diw.de

JEL: D72, Z13

Keywords: Self-employed, Covid-19, income, gender, mental health, representative real-time survey data

Discussion Papers Nr. 1937

2021 | Tanja Artiga Gonzalez, Teodor Dyakov, Justus Inhoffen, Evert Wipplinger



Crowding of International Mutual Funds

We construct a fund-specific measure of crowding using the equity holdings overlap of 17,364 global funds which are actively managed. Funds in the top decile of crowding underperform the passive benchmark by 1.4% per year. The poor performance cannot be attributed to fees and transaction costs alone. When we explore the economics behind crowding, we establish that the diseconomies of crowding are distinct from the ones associated with size. Among several possible mechanisms, we find support for a) a preference for liquid stocks among crowded funds and b) differences in the propagation of price pressure from flows of connected funds. Our findings reveal that the tendency of managers

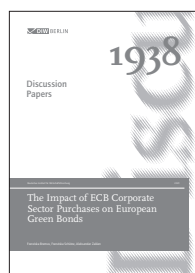
to follow correlated strategies is a major source of diseconomies in the active fund industry.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1938

2021 | Franziska Bremus, Franziska Schütze, Aleksandar Zaklan



The Impact of ECB Corporate Sector Purchases on European Green Bonds

This paper analyzes the effect of the ECB's Corporate Sector Purchase Programme (CSPP) and the recent Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) on the yields of eligible green bonds, a new but rapidly growing segment of the corporate bond market. We exploit these policy changes using a difference-in-differences strategy, with ineligible corporate green bonds issued in euro, U.S. dollars and Swedish crowns as comparison groups. We find that both programs significantly improve financing conditions for eligible green bonds, thereby increasing the attractiveness of these instruments to issuers and

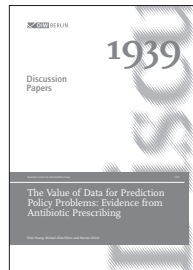
the euro area as a location of issuance. The effects of the CSPP and PEPP are heterogeneous, both in terms of average impact and persistence of the effects. Yield differences between eligible and ineligible green bonds can last for more than six months. Our analysis informs the debate about new financing options for firms as well as about effects of asset purchase programs on the transition towards a less carbon-intensive economy.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1939

2021 | Shan Huang, Michael Allan Ribers, Hannes Ullrich



The Value of Data for Prediction Policy Problems: Evidence from Antibiotic Prescribing

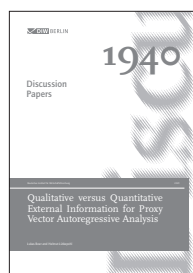
Large-scale data show promise to provide efficiency gains through individualized risk predictions in many business and policy settings. Yet, assessments of the degree of data-enabled efficiency improvements remain scarce. We quantify the value of the availability of a variety of data combinations for tackling the policy problem of curbing antibiotic resistance, where the reduction of inefficient antibiotic use requires improved diagnostic prediction. Focusing on antibiotic prescribing for suspected urinary tract infections in primary care in Denmark, we link individual-level administrative data with microbiological laboratory test outcomes to train a machine learning algorithm predicting bacterial test results. For various data combinations, we assess out of sample prediction quality and efficiency improvements due to prediction-based prescription policies. The largest gains in prediction quality can be achieved using simple characteristics such as patient age and gender or patients' health care data. However, additional patient background data lead to further incremental policy improvements even though gains in prediction quality are small. Our findings suggest that evaluating prediction quality against the ground truth only may not be sufficient to quantify the potential for policy improvements.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1940

2021 | Lukas Boer, Helmut Lütkepohl



Qualitative versus Quantitative External Information for Proxy Vector Autoregressive Analysis

A major challenge for proxy vector autoregressive analysis is the construction of a suitable external instrument variable or proxy for identifying a shock of interest. Some authors construct sophisticated proxies that account for the dating and size of the shock while other authors consider simpler versions that use only the dating and signs of particular shocks. It is shown that such qualitative (sign-)proxies can lead to impulse response estimates of the impact effects of the shock of interest that are nearly as efficient as or even more efficient than estimators based on more sophisticated quantitative proxies that also reflect the size of the shock. Moreover, the sign-proxies tend to provide more precise impulse response estimates than an approach based merely on the higher volatility of the shocks of interest on event dates.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





MARCEL FRATZSCHER

Für einen globalen, nicht einen nationalen Humanismus

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Empörung in Deutschland ist groß, dass einige wenige Länder deutlich schneller bei den Corona-Impfungen vorankommen. Bei dem Anspruchsdenken, immer global führend zu sein, geraten unsere enormen Privilegien in den Hintergrund. Dieses nationale Denken macht uns blind für die Realität, dass alle wichtigen Herausforderungen unserer Zeit – vom Klimaschutz über die wirtschaftliche Globalisierung bis hin zum technologischen Wandel – nur mit starker globaler Solidarität und Kooperation gelöst werden können. Ausgeblendet wird beispielsweise auch bei den Impfungen wieder einmal das Schicksal der Menschen in Afrika und anderen armen Regionen der Welt. Dabei sind es vor allem die Menschen in den ärmsten der armen Länder, die der Pandemie besonders schutzlos ausgeliefert sind. Sie haben meist kein gutes Gesundheitssystem und keine starke soziale oder wirtschaftliche Absicherung. Prognosen der Economist Intelligence Unit zeigen, dass Menschen in Afrika ihre Impfungen im Durchschnitt ein bis zwei Jahre später erhalten werden als in Europa oder den USA.

Auch in anderen Fällen ist diese ignorante Haltung gegenüber Entwicklungsländern zu beobachten. So sterben weltweit fast jedes Jahr 600 000 Menschen, meist Kinder in Afrika, an Malaria, und dies schon seit Jahrzehnten – eine jährlich wiederkehrende menschliche Tragödie fast in der Größenordnung einer Corona-Pandemie. Da sie nur Menschen betrifft, die keine Stimme haben und für uns unsichtbar sind, sind sie den meisten Europäerinnen und Europäern nicht wichtig genug, um ihnen ausreichend Schutz und Hilfe zukommen zu lassen. Beim Wettlauf um einen Impfstoff gegen Covid-19 scheuen hingegen Pharma-Unternehmen und Regierungen keine Kosten, weil der wirtschaftliche und politische Nutzen eines solchen Impfstoffs für die Industrieländer enorm ist.

Nicht nur in Bezug auf Gesundheit und Impfungen leiden die ärmsten Länder und Menschen sehr viel stärker. Die eindringliche Warnung der Welternährungsorganisation vor einer massiven Hungersnot in diesem Jahr stößt bei uns auf taube Ohren. Die Weltbank moniert, dass durch die Pandemie bereits jetzt mehr als 100 Millionen Menschen weltweit wieder in die absolute

Armut gerutscht sind. Investoren und Banken haben Kredite aus Entwicklungsländern abgezogen, so dass einigen nun eine Schulden- und Wirtschaftskrise droht. Kurzum, die kommenden fünf Jahre könnten wirtschaftlich, sozial und politisch für viele Entwicklungsländer katastrophal werden. Das darf und kann uns schon allein aus moralischen Gründen nicht egal sein, aber auch nicht aus ökologischen und wirtschaftlichen.

Wir vergessen gerne, dass Biontech ohne den US-Pharmariesen Pfizer und ohne globale Kooperation den Impfstoff nicht hätte entwickeln und auf den Markt bringen können. Viele der 43 000 Probandinnen und Probanden, die bei der Erprobung des Impfstoffs beteiligt waren, stammen aus der Türkei, Brasilien, Argentinien und Südafrika. Oder zynischer ausgedrückt: Die Zusammenarbeit mit Menschen in ärmeren Ländern ist uns recht, wenn es darum geht einen unbekannten und möglicherweise riskanten Impfstoff zu testen. Wenn dieser sich allerdings als erfolgreich erweist, dann werden bei den Impfungen die Menschen in den reichen Ländern bevorzugt.

Die Klimakrise zu bewältigen wird ohne Einbeziehung der ärmsten Länder und ohne massive Unterstützung der Industrieländer unmöglich sein. Auch bei der Ausgestaltung der digitalen Transformation, der Globalisierung in Bezug auf Wirtschaft und Finanzsystem sowie der Migration sind wir zunehmend global voneinander abhängig. Ein neuer Humanismus erfordert, Nationalismus und Populismus zurückzudrängen und Multilateralismus und globale Kooperation zu stärken. Dies gilt für die Bekämpfung von Pandemien und Ursachen von Konflikten genauso wie für den Schutz von Klima, Umwelt und Diversität, für Globalisierung und technologischen Wandel. Nur als eine starke globale Gemeinschaft werden wir diese Herausforderungen bewerkstelligen können. Auch deshalb dürfen uns die anderen Länder der Welt nicht egal sein – gerade bei der Bekämpfung der Pandemie. Das Virus kennt ja auch keine Grenzen.

Dieser Beitrag ist in einer längeren Version am 25. März 2021 bei ZEIT Online erschienen.